

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Frangierlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Frangierlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Postgebühr vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 12003

Anserte kosten die 7 gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plavvorschrift 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Neue umfangreiche Verlenkungen.

Die neuesten Meldungen.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 8. Mai. Amtlicher Tagesbericht. Front: Unter Alerger, Feldwebel Konrad, brachte ein feindliches Flugzeug hinter unsere Linien zum Absturz. Das erbeutete feindliche Flugzeug wird von uns in Gebrauch genommen werden. An der Grenze östlich von Suleimanie, fanden Patrouillenzusammenstöße statt. Sieben Russen wurden getötet, zwei gefangen genommen. — Kaukasus: In lebhafter Patrouillentätigkeit brachten wir dem Gegner an mehreren Stellen Verluste bei. — In den übrigen Fronten keine besonderen Ereignisse.

Die Veränderungen in der englischen Admiralität.

Amsterdam, 8. Mai. Allgemeines Handelsblatt meldet aus London: Man glaubt, daß Admiral Jellicoe an die Spitze des neuen Stabes der Armee treten wird. Er wird sich ausschließlich politischen und strategischen Fragen widmen und von allen administrativen Aufgaben befreit sein. Ein Director of operations und ein Director of intelligence werden ihm zur Seite stehen. Der letztere wird die Befehle Jellicoes ausarbeiten und die drei Offiziere werden Leiter des Stabes sein, auf dem die Hauptverantwortung ruht. Außerdem sollen noch Direktoren für den Bau von Kriegsschiffen, für das Transportwesen und für U-Boot-Abwehr ernannt werden.

U-Boot-Sorgen in England.

Berlin, 8. Mai. Wolffs Bureau teilt mit: Daily News vom 27. April hat wenig Zweifel, daß die Mittelung von der plötzlichen und furchtbaren Zunahme der Verlenkungen englischer Handelschiffe in der vorhergehenden Woche mehr als alle amtlichen Ermahnungen gewirkt haben, um dem Volk den Ernst der Lage klar zu machen. Wenn sich nicht etwas Gänzlich Unerwartetes ereignet, so werde die nahe Zukunft Ungetüm und Leiden bringen, wie sie das Land seit vielen Geschlechtern nicht erfahren habe. Es sei eine von niemand bestrittene Tatsache, daß die Admiralität in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung verlagert habe.

Der Bombenwurf auf Jleriksee.

Saag, 8. Mai. (Meldung des Korrespondenzbureaus. Amtlich.) Nachdem die von den Militärbehörden eingeleitete Untersuchung ergeben hat, daß die Bombe, die am 20. April auf einem Jungfernschiff die Stadt Jleriksee abgeworfen wurde, in der Tat ein U-Boot war, was auch von dem britischen Marineattaché zugestanden wurde, hat die Regierung durch ihren Gesandten in London von dem Vorfalle und dem Ergebnis der Untersuchung Mitteilung machen und anfragen lassen, ob das Flugzeug zu den britischen Streitkräften gehörte. Die britische Regierung hat eine genaue Untersuchung angeordnet und versprochen, das Ergebnis dem Gesandten sofort mitzuteilen.

Das Programm des neuen griechischen Kabinetts.

Athen, 8. Mai. (Sondermeldung.) Das neue griechische Kabinet hat in einer Mitteilung an die Wähler erklärt, sein Programm bestehe in der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Griechenland und den alliierten Mächten. Lambrinos hat in der Zeitung Akropolis erklärt, er müsse sich dagegen verwahren, die Entente getuscht zu haben, aber er sei glücklich, das Kameematerial bewahrt und die nationale Würde beschützt zu haben.

Amerikanische Mineurregimenter für Frankreich.

Washington, 8. Mai. (Neuermeldung.) Das Kriegsdepartement gibt bekannt, daß die Aufstellung von Mineurregimentern angeordnet wurde, die so rasch als möglich zu arbeiten in der Gruppe nach Frankreich geschickt werden sollen.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 8. Mai befinden sich auf der 3. Seite.
Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer nicht vor.

Sin und her.

Es ist noch nicht lange her, daß die Internationale Korrespondenz, das Organ des rechten Flügels unserer Regierungssozialisten und Gewerkschaftsführer, einen plötzlichen Anfall sozialdemokratischer Besinnung und Courage bekam. Sie erklärte in einem Artikel, daß die Sozialdemokratie dazu kommen müsse, gegen den Reichskanzler vorzugehen, wenn er sich nicht entschließen könne, für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen einzutreten. Seitdem sind einige Wochen ins Land gegangen und es steht heute fest, daß der Reichskanzler diese Erklärung nicht abgeben wird, daß er weiter laviert will. Das steht auch die F. A. ein. Ihre Anhänger hätten nun vielleicht in Kürze Gelegenheit, die Drohung wahr zu machen, der Regierung für ihre Taumenschrauben anzulegen. Eine neue Kriegskreditvorlage soll dem Reichstag zunächst zugehen. Zwar steht noch nicht ganz fest, ob sie noch vor Pfingsten oder erst zum Herbst kommen soll. Bei dem großen Geldbedarf, das der Weltkrieg bedingt, ist indes wahrscheinlich, daß die Forderung dem Reichstag noch im Mai vorgelegt wird. Dann könnte also die Fraktion Scheidemann das tun, was sie nach der F. A. zu tun geneigt ist und was sie zu tun wünschte. Sie könnte die Weigerung des Reichskanzlers, durch eine klare Erklärung die Friedensbedingungen zu stärken, mit der Weigerung beantworten, weitere Kriegskredite zu bewilligen. Aber inzwischen hat die F. A. schon wieder Angst vor der eigenen Courage bekommen. Heute, da sie die Weigerung des Reichskanzlers auf Grund des gestern von uns erwähnten Artikels der Münchener Zeitung konstataren muß, schreibt sie folgendes:

Immerhin kann eine einseitige Verurteilung der deutschen Regierung noch nicht ausgesprochen werden, da sie einer Bereitwilligkeit der Feinde zu Verhandlungen noch nicht geneigt ist. Erst wenn dies der Fall wäre, oder wenn es uns gelänge, in Stockholm eine Uebereinkunft herbeizuführen, der beintreten Deutschland im Gegensatz zu andern Staaten sich weigerte, wäre der Augenblick gekommen, die schärfsten Register gegen die deutsche Regierung zu ziehen.

Das heißt, die Regierungssozialisten schrecken davor zurück, in Opposition zur Regierung zu treten. Sie suchen sich wie Bethmann um die unangenehme Entscheidung herumzubilden.

Übrigens ist die Front dieser Herren gegen die Annexionenpolitik auch durchaus nicht fest. Im Hamburger Echo bringt Paul Gensch einen Artikel, worin er das Wort „keine Annexionen“ für nicht unbedenklich erklärt, und ihm eine Spitze gegen England zu geben sucht. In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins zu Karlsruhe haben sich mehrere Redner, ohne Widerspruch zu finden, gegen die vom Parteiausfluß erlassene Parole gewendet, und auch dem bayerischen Landtag berichtet die Münchener Volkszeitung, daß die sozialdemokratische Friedensformulierung Friede ohne Kriegsschädigung allgemeine Verurteilung und Ablehnung erfuhr. Auch der Führer der Sozialdemokratie habe sie als bedauerlich und schädlich abgelehnt, insbesondere im Hinblick auf das Verhalten der Sozialisten der uns feindlichen Länder.

Das Sin und Her, das sich in den wechselnden Äußerungen der F. A. und ebenso in manchen Sprüngen des Vorwärts zeigt, hat nicht zuletzt in diesem Hinneigen gewisser Kreise der Regierungssozialisten zu den Gedankengängen der Annexionenpolitik, seiner tieferen Grund. Man hat eben nicht ungestraft jahrelang die nationalistischen Ideen in der Sozialdemokratie pflanzen können, sie hängen der Fraktion Scheidemann fest als Bleikloß am Bein, da sie durch die russische Revolution gezwungen ist, etwas schärferen Friedensmarsch zu machen.

Der deutsche Reichskanzler, der sich in den Friedensinterpellationen noch nicht äußern kann, hat die Welt dafür mit einer andern Kundgebung beglückt. Er benutzte den Umstand, daß der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern, Graf Czernin, von seinem Monarchen einen Orden bekommen hat, um den Herrn in einem Telegramm zu beglückwünschen und darin zu konstatieren, daß er mit ihm in dieser ersten Zeit in vollem Einverständnis arbeite. Graf Czernin hat natürlich lebendwirdig und mit einer Betonung des Bündnisses und des vollen Einvernehmens in der gemeinsamen Arbeit beantwortet. Diese prononzierte Hervorhebung des vollen Einverständnisses erfolgt jedenfalls ohne besonderen Grund. Sie trifft zusammen mit einem Artikel der Bayerischen Staatszeitung, des amtlichen Blattes der bayerischen Regierung, der nach der Reise des bayerischen Ministerpräsidenten Graf

Hertling nach Wien und vor dem Zusammentritt des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten erschien, dem Graf Hertling präsiert. In diesem Artikel wird der Verzicht auf bare Kriegsschädigung empfohlen. Der Verfasser meint, daß mit den Neuländen Deutschlands Abmachungen über unentgeltliche Lieferungen oder Lieferungen zu niedrigen Preisen von Rohstoffmaterialien getroffen werden können. Man solle ferner verlangen, daß sich der deutsche Handel in seinen Abgabebieten wie vor dem Kriege wieder mit ganzer Kraft betätigen könne. Eine weitere Forderung des Artikels, der von einer „Mille von Zugeständnissen“ spricht, „die gleichbedeutend mit einer Kriegsschädigung von einer Milliarden-Summe in bar seien“, erstreckt sich auf die Herausgabe der beschlagnahmten Schiffe und aller deutschen Kolonien. Das Regierungsorgan begründet seinen Standpunkt damit, daß Deutschland keine Kriegsschädigung brauche, weil 60 Milliarden Kriegsanleihe nur einen geringen Teil des 275 Milliarden betragenden, um jährlich 10 Milliarden wachsenden Volkvermögens darstellen, und die von Deutschland steuerlich getragenen Lasten verhältnismäßig gering seien.

Der Artikel wird natürlich von der Rechten und Bezeichnenderweise auch vom Bayerischen Kurier, dem führenden Zentrumblatt Bayerns, heftig angegriffen. Das annexionskritische Lager stellt in diesem Artikel ein Ergebnis der Wiener Reise des Grafen Hertling, ein Zugeständnis, das Hertling bzw. der Reichskanzler der bayerischen noch dem Frieden verlanenden österreichisch-ungarischen Regierung macht. Darin dürfte sie recht haben. Es ist schon bei den früheren Kundgebungen des Grafen Czernin in der Friedensfrage vermerkt worden, daß sie weiter gingen als die gleichzeitigen Erklärungen der deutschen Regierung. Es ist also wohl möglich, daß von Wien aus die deutsche Regierung zu einer Abweisung der Forderungen unserer annexionskritischen Kreise gedrängt wird, und es würde ganz zu der schwanfenden Haltung des Reichskanzlers passen, daß er diesen Wiener Wunsch nicht durch eine klare Erklärung, sondern durch solche Mittel, wie dieser offiziöse Artikel sie darstellt, zu erfüllen versucht. Daß dieses Sin und Her niemand imponieren kann, weder der Rechten noch der Linken, daß diese Politik keine feste Stütze aufbaut, scheint Herr von Bethmann nicht zu begreifen, und obgleich das von Tag zu Tag mehr zutage tritt, hält die Fraktion Scheidemann kampfhaft an diesem Reichskanzler fest, hinter dem kaum noch eine Partei steht, einzig die Fraktion Scheidemann ausgenommen.

Mehr Entschlußkraft als die deutsche Regierung zeigt die türkische. Ihr Gesandter in Bern Fuad Bey erklärt, daß die Türkei bereit sei, die russischen Wünsche auf Cessionung der Dardanellen zu erfüllen, soweit sie sich nicht im Widerspruch mit der Unabhängigkeit der Türkei befindet. Diese Erklärung ebnet den Weg um ein weiteres Stück zur Friedensverhandlung mit Russland. Die österreichisch-ungarische Regierung hat das ihrige ebenfalls getan. Was dazu noch fehlt, ist nur noch die entsprechende Erklärung der deutschen Regierung. Auf ihr lastet die ganze Verantwortung für die Entscheidung in diesem schicksalsschwangeren Moment. Auf ihr und auf den Parteien, die ihre Haltung bestimmen oder zu bestimmen versuchen sollten. Die Fraktion Scheidemann wird ihre Haltung in dieser Krise vor dem Proletariat zu verantworten haben!

Die russische Revolution.

Ein klares Bild über den Ausgang der letzten Krise läßt sich immer noch nicht gewinnen. Die Nachrichten widersprechen sich; während die Londoner Daily News aus Petersburg meldet, daß die Ruhe in der Hauptstadt wiederhergestellt sei, behaupten Stockholmer Nachrichten, daß die Unruhen und Krawalle noch nicht beendet seien. Die Bewaffnung regierungstreuer Truppen sei von den Arbeitern als eine Herausforderung angesehen worden. Die von Lenin betriebene Propaganda habe verstärktes Gehör gefunden. Die Scharen Lenins durchzogen die Hauptstraßen mit Fahnen und Plakaten, auf denen verkündet wird, die provisorische Regierung verliere die Arbeiterklasse zu betrogen. Am Sonnabend seien in Petersburg große Massen von Soldaten eingetroffen, die das an der Front verbreitete Gerücht, der Arbeiterrat sei gefangen gesetzt, veranlaßt habe, dem Rate zu Hilfe zu eilen. Diese kriegsfeindlichen Soldaten hätten neue Zusammenstöße bereits veranlaßt. Zudem laufe nun am 8. Mai der Waffenstillstand zwischen Regierung und Arbeiterrat

68. Die Lage der Regierung werde sehr schwierig sein, besonders weil der Justizminister Accensi, der der erfolgreichste Vermittler zwischen ihr und dem Rat gewesen sei, schwer erkrankte. Die Ärzte sollen ihm nur noch wenige Wochen Leben zuerzählen. Andererseits wird von einem Stockholmer Blatt behauptet, daß der energischste Feind der provisorischen Regierung, Lenin, seit zwei Tagen spurlos verschwunden sei.

Auf beiden Seiten scheint stark getrübt zu werden. Sowohl die provisorische Regierung wie der Arbeiterrat suchen sich Truppenteile zu sichern. General Kornilow will für die provisorische Regierung eine sogenannte schwarze Garde bilden. Der Arbeiterrat stellt ihr eine rote Garde entgegen. Die Nachrichten der bürgerlichen Blätter behaupten, daß diese rote Garde in Helsingfors gebildet werde. Der Arbeiterrat in Helsingfors habe noch Petersburg telegraphisch, die rote Garde, die auch Maschinengewehre zur Verfügung hat, werde gegen die provisorische Regierung bis zum äußersten vorgehen, wenn diese sich weigern sollte, die ihr vom Volke aufgetragenen Aufgaben zu erfüllen. Die Morning Post drahtet aus Petersburg, daß 3000 Mann der Schiffsflotilla-Garnison dort eintrafen, um sich dem Arbeiterrat zur Verfügung zu stellen. Auch das Petersburger Regiment Finland, das sich bei den letzten Straßenunruhen besonders beteiligt, habe sich unter seinen Befehl gestellt.

Demokratischer sind die Erörterungen über die Kreditsanleihe, die die Freiheitsanleihe genannt wird. Die bürgerliche Presse macht kräftig Reklame für sie, die Sozialdemokratie ist geteilt. Die Pravda, das Organ Lenins, wendet sich heftig gegen die Unterstüßung der Anleihe. Nachawo Blatt Jedinstwo (Einigkeit) tritt energisch für die Zeichnung ein. Die übrige sozialdemokratische Presse hält sich schweigend zurück, scheint also mehr zu Lenin als zu Plechanow zu neigen. Der Köln. Ztg. wird aus Stockholm gemeldet: Nach Berichten aus Petersburg ergab die im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat vorgenommene Abstimmung über die Beteiligung an der Freiheitsanleihe eine Mehrheit für Lenin, dessen Anhänger in ihren Reden die Lösung verkündeten: „Nieder mit dem Krieg und der bürgerlichen kapitalistischen Regierung, keine Kopeke für Mikulow!“ Die Redner, die für die Anleihe eintraten, waren erfolglos.

Über die Vorgänge bei den Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Arbeiterrat ist noch folgende italienische Meldung beachtenswert:

Vern, 8. Mai. (W. Z. V.) Der Petersburger Mitarbeiter von Couriere della Sera drahtet über die gemeinsame Sitzung des Vollzugsausschusses der Arbeiter und Soldaten mit dem Duma-Ausschuß Einzelheiten, wonach die Entscheidung die Kriegfrage aufwarf und erklärte, daß die imperialistische Haltung der einseitigen Regierung völlig unannehmbar sei. Weder das Volk, noch das Heer wollten den Krieg. Die einseitige Regierung treibe eine dunkle Politik und verberge ihre Kriegsziele. Sie müsse ausdrücklich erklären, daß sie auf jede Annexion oder Entschädigung verzichte. Die Alliierten seien genau über die Haltung der demokratischen Massen Russlands zu unterrichten. Kamijewolle, ein Mitglied des Vollzugsausschusses der Arbeiter und Soldaten, verlangte, die einseitige Regierung solle zwecks Revision der Verträge eine weitere Rolle an die Alliierten abgeben, und bedauerte, daß die ängere Politik der einseitigen Regierung nach wie vor im Zeichen der alten Regierung stehe. Miljuzow verwarf den Vorschlag Kamijewolles, der unannehmbar sei. Man dürfe nicht vergessen, daß Rußland durch eine Reihe keine Lebensfragen betreffender Verträge an die Alliierten gebunden sei. Im Anschluß daran las Miljuzow ein schon eingetragenes vertrauliches Telegramm einer alliierten Macht vor, das einen starken Eindruck machte, so daß der Arbeiterausschuß den Vorschlag auf Entsendung einer neuen Note zurückzog. Man beschloß vielmehr, eine für die innere Lage zurechtgemachte Erklärung zu veröffentlichen, um dem russischen Volke den Geist der letzten Note an die Alliierten zu erläutern. Ferner wurde beabsichtigt, eine Ministerreise der der heutigen Sachlage als unzumutbar zu betrachten.

Ein Neutraler, der Petersburg am Freitag verlassen hat, erzählt, daß sowohl am Mittwoch als auch am Donnerstag Kundgebungen gegen Amerika und England stattgefunden haben. Vor der britischen Botschaft hätten Hunderte mit schwarzen Flaggen demonstriert, die die Aufschrift trugen: „Nieder mit den Vereinigten Staaten und England!“ Bei dem Zerengang der britischen Botschaft seien drei Maschinengewehre aufgestellt gewesen. Buchanan habe bei den letzten beiden Botschafterempfangen gefehlt, wodurch das bisher nicht bestätigte Gerücht entstanden sei, daß er ins Ausland geflohen.

Die Stockholmer Konferenz.

Die Vorbereitungen über die Gestaltung der Konferenz haben in Stockholm begonnen. Die erste konstituierende Sitzung wurde abgehalten. Zum Vorsitzenden wurde Branting, zum Sekretär Hunsmans gewählt und eine Arbeitsordnung nach einem Vorschlag von Stauning angenommen. Vom 15. Mai an sollen eine Reihe von Sonderkonferenzen zwischen den Vertretern der Parteien der einzelnen Länder stattfinden, um die Bedingungen festzulegen und auszugleichen, die sie für den Eintritt in die Konferenz stellen.

Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften hat als ihre Vertreter zur Konferenz Legien, Bauer und Sassenbach delegiert.

Der Parteivorstand der Regierungsozialisten schreibt im Vorwärts, das im Lande verbreitete Gerücht, er suche die Regierung zu bestimmen, den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie keine Plätze nach Stockholm auszustellen, sei selbstverständlich ein Märchen. Bezeichnend ist es, daß ein solches Gerücht überhaupt auftreten kann und jenseitig glauben findet, daß die Ebert und Scheidemann sich öffentlich dagegen vorwagen müssen.

Der Kampf um die Beteiligung an der Konferenz ist unter den französischen Sozialisten heftig entbrannt. Nachdem die Minderheit sich bei dem Beschluß des ständigen Verwaltungsausschusses der Partei, der die Beteiligung ablehnte, nicht beruhigt hat, hat der Verwaltungsausschuß einen Aufruf an die Föderationen erlassen, in dem er die Teilnahme an der Tagung als die Gefahr für die Einigkeit der Partei gewarnt wird. Die Minderheit hat in der Sitzung, in der dieser Aufruf beschlossen wurde, scharf protestiert. Sie brachte folgende Gegenerklärung ein:

In Anbetracht, daß Mitglieder der Majorität in den meisten Fällen ohne Befragung der regelmäßigen Parteiorganismen handeln, und ohne deshalb von der Verwaltungskommission verurteilt oder getadelt zu werden; daß insbesondere Albert Thomas, Cahoun, Salont und Moutet in Rußland eine Mission ausführen, für die sie keinerlei Auftrag von der Partei erhalten haben; daß ferner die Humanität

ihre Spalten der tatsächlichen Mehrheit unserer Organisation systematisch verschließt, und daß die gegenwärtige finanzielle Mehrheit (majorité factice) solchermaßen förmliche Gewalttätigkeit verübt, behaupten die Mitglieder der Minderheit der Verwaltungskommission das Recht der Minderheit, sich zu versammeln, um sich im Einklang mit den höheren Interessen des Sozialismus und der souveränen Gesetze der internationalen Konferenz zu beraten, ohne daß sie von irgend jemand belästigt werden könnten, die Einigkeit der Partei gefährden zu wollen.

Für diesen Antrag stimmten: Neuchard, Delépine, Givort, Gonde, Goudeaux, Grandvalet, Longuet, Mistral, Mouret, Verjeuil oder ihre Vertreter.

Der Aufruf an die Föderationen wurde dagegen gutgeheißen von Albert Thomas, Brade, Camélinat, Dorman, Dubreuilh, Gerad, Guéde, Pélieu, Leun, Poisson, Renaudel, Sellier, Sombat oder ihren Vertretern. Paul-Bouis enthielt sich der Abstimmung, so daß sich 13 zu 11 abermals als das Verhältnis der Mehrheit zur Minderheit innerhalb des Verwaltungsausschusses ergab. Daß die Mehrheit demnach auf ziemlich schwacher Grundlage stehen muß, kam in dem am Ende der Sitzung gemachten Mitteilung zum Ausdruck, daß der Ausschuß sich mit einem neuen Schreiben an Dumas gewandt habe, um ihn um weitere Anträge über die Bedingungen zu bitten, unter denen die Stockholmer Konferenz sich versammeln wird. Es ist offenbar, daß man in diesem Schritt eine Konzeßion der Mehrheit an die Minderheit zu sehen hat, oder vielmehr an den Umstand, daß es zum mindesten zweifelhaft ist, ob die Mehrheit des Ausschusses auch die Mehrheit der Partei vertritt.

Wichtig für die Haltung der englischen und französischen Sozialisten wird die folgende Meldung der Frankfurter Zeitung aus Stockholm sein:

Gegenüber der von französischen und englischen Sozialisten in Rußland verbreiteten Darstellung, daß die Vereinigung Establi-ment mit Frankreich keine Annexion darstelle, wird erklärt, daß der Arbeiterrat niemals diesen Standpunkt eingenommen habe.

Beratungen bei der Entente.

Uebereinstimmung der englischen und französischen Regierung.

London, 7. Mai. (W. Z. V.) Der Pariser Vertreter der Times berichtet über die Besprechungen von Lord Georges, Lord Robert Cecil, Feldmarschall Haig, General Robertson und Admiral Hall und sagt: Alle Fragen betreffend die Führung der Unternehmungen in Frankreich und im Osten wurden geprüft, und vollkommene Uebereinstimmung zwischen den beiden Regierungen erzielt. Es ist lange her, daß eine so bedeutende und so erfolgreiche Besprechung zwischen den Verbündeten stattgefunden hat.

Besonders befruchtend bei den Zusammenkünften war die persönliche Verbindung zwischen Sir William Robertson und General Petain. Die ganze militärische Lage wurde überprüft im Hinblick auf eine noch engerer Anpassung der Methoden, der Politik und der Mittel.

Bei dem Frühstück zu Ehren der parlamentarischen Besprechung der Alliierten sprach Ministerpräsident Ribot und gab der Besichtigung Ausdruck, die die französische Regierung über die bei den Zusammenkünften erzielten Ergebnisse empfindet. Die Einheit der Front, sagte Ribot, besteht zwischen uns und wir könnten sie uns nicht vollständiger wünschen. Die beiden Armeen arbeiten und kämpfen nach demselben Plane, bezieht von demselben Eifer und littegeben demselben Gedanken. Wir haben es bereits gesehen und werden es wieder sehen, daß diese selbe Einheit des Handelns sich auf die anderen Fronten ausdehnt und dank der Tapferkeit und Fähigkeit unserer Verbündeten Erlolge erzielt. Unsere Lebensbedingungen von heute sind heute zum Vortritt geworden in dem Streben nach dem gemeinsamen Sieg.

Eine Tagesordnung der interparlamentarischen Konferenz.

Paris, 7. Mai. (Meldung der Agence Havas.) Die interparlamentarische Konferenz der alliierten Länder hat heute ihre beiden letzten Sitzungen abgehalten: Sie hat beschlossen, daß über die behandelten Fragen volles Einverständnis herrscht, und einstimmig folgende Tagesordnung angenommen:

Die Mitglieder der interparlamentarischen Konferenz der alliierten Länder stellen am Schluß ihrer vierten Tagung fest, daß bei ihren Arbeiten sich volle Einmütigkeit befähigt hat hinsichtlich der Wege, die eingeschlagen werden müssen, um das diplomatische und militärische Vorgehen der Alliierten einheitlicher und wirkungsvoller zu gestalten, ihre Versammlung zu sichern und so ihre Kräfte auf den höchsten Stand zu bringen. Angesichts der neuen Form pazifistischer Maßnahmen der Alliierten betonen die Mitglieder der Konferenz von neuem ihren einstimmigen Willen, nur einen Frieden anzunehmen, der zugleich mit dem Erlolge ihrer gerechtfertigten nationalen und internationalen Forderungen den Sieg der Freiheit und des Rechtes in der Welt sichert.

Vom Tage.

Der Staatsrechtslehrer Professor Laband spricht sich in der Deutschen Juristenzeitung für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen aus. Er sagt:

„Wenn für die weitaus wichtigsten, die Volkswirtschaften viel tiefer berührenden Reichsangelegenheiten das allgemeine gleiche unmittelbare Wahlrecht gilt, und der aus diesen Wahlen hervorgehende Reichstag sich als seiner politischen Aufgabe gewachsen zeigt, und sich als patriotische Stütze der Regierung in schwerer Zeit bewährt hat, so wird man es als unbillig empfinden, daß für die Behandlung der verhältnismäßig weniger bedeutenden Landesangelegenheiten, für welche überdies Gesetze und Beschlüsse des Reiches vielfach maßgebend sind, das gleiche Wahlrecht nicht ebenso laudlich sei.“

Eine Ergänzung des Reichstagswahlrechts durch Pluralstimmen lehnt Laband ab.

Im Ernährungsausschuß des Reichstages leitete am Sonnabend der Präsident des Kriegsernährungsamtes mit, daß die Beschaffung des zur Gewährung der Reichszulage benötigten Schlachttviehs mit Schwierigkeiten verknüpft sei, ohne Eingriff in den Milchverbrauch lassen sich in vielen Bezirken nicht durchführen.

Erschwert werde die Beschaffung dadurch, daß zum größten Teil die Kühe in der Zahl von 1 bis 2 in den Händen kleiner Leute seien, denen man schwer eine Kuh enteignen könne. Dessen, die zur Zeit mehr denn je als Zugvieh in Betracht kämen, würden naturgemäß nur schwer abgeben. Um die Schwierigkeiten des Eingriffs auf ein Mindestmaß zurückzuführen, habe er sachverständige Kontrollen ernannt, die an Ort und Stelle die Verhältnisse prüfen. Vermehrte Schlägung von Kühen erziele wenig Fleisch, die Schafe müßten im Interesse der Deckung des Volkbedarfes möglichst erhalten werden, desgleichen die Riegen als Milchtiere. Die Schweinehaltung sei in den letzten Wochen im Verhältnis zu dem verfügbaren Futter tatsächlich zu hoch gewesen. Der Grund sei die zu hohe Schätzung der Ernte im Herbst gewesen. So bald Anfang 1917 diese Ueberhöhung und der infolgedessen begangene Fehler in der Viehwirtschaftung erkannt worden sei, sei sofort mit der Herabsetzung der Schweinezahl vorgegangen worden. Der Präsident machte den Vorschlag, der parlamentarische Beirat des A. A. A. solle einen Ausschuß bilden, der nach der am 1. Juni stattfindenden Viehzählung rechtzeitig an der Bearbeitung

des neuen Viehaufzuchtplanes nach dem 15. August mitwirken solle. Welche Fleischration nach dem 15. August ausgestellt werden solle, sei zur Zeit noch nicht bestimmt und müsse noch offenbleiben.

In der Debatte meinte ein konservativer Redner, daß es nur durch die Erhaltung des hohen Viehbestandes möglich gewesen sei, leit die erhöhten Fleischrationen zu verteilen. Demgegenüber betonten die Vertreter der linksstehenden Parteien, daß die Verteilung von Lebensmitteln an das Vieh eingeschränkt und diese dafür mehr zur menschlichen Ernährung verwendet werden müßten.

Der Krieg zur See.

Abermals 50000 Tonnen im Mittelmeer versenkt.

Berlin, 7. Mai. Im Mittelmeer wurden 12 Dampfer und 2 Segler mit über 50000 Tonnen neu versenkt. Darunter am 3. April der bewaffnete englische Dampfer Ardross, 4540 Tonnen Stückgut von England nach Frankreich, am 4. April der bewaffnete englische Dampfer Parkgate mit 3292 Tonnen und ein unbekannter, tiefbeladener englischer Dampfer der Glin-Klasse von etwa 7000 Tonnen, am 7. April der bewaffnete englische Dampfer Maplewood 3320 Tonnen, mit 1175 Tonnen Gütern von Tunis nach England, am 8. April der italienische Dampfer Alba, 1890 Tonnen mit Kohlen für Italien, am 10. April der bewaffnete französische Dampfer Eglise, 2574 Tonnen, mit Baumwolle, am 11. April der bewaffnete englische Dampfer Casarillo, 3014 Tonnen, mit 3800 Tonnen Hafer und 3000 Gallonen Wein von Cram nach Saloniki in Diensten der französischen Regierung, am 12. April der bewaffnete englische Dampfer Glencliff, 3073 Tonnen, mit Kohlen für Italien, am 13. April der vollbesetzte englische Truppentransportdampfer Arcadian, 8020 Tonnen, im Ägäischen Meer, der wenige Minuten nach dem Torpedotreffer sank und einen großen Teil der Truppen mit in die Tiefe riß.

27500 Tonnen im Atlantischen Ozean versenkt.

Berlin, 9. Mai. (Mittl.) 27500 T. A. L., darunter u. a. die bewaffneten englischen Dampfer Rio Paves mit 6000 T. A. L. nach England und Trolus, 7582 T. A. L., mit Stückgut von England, der englische Dampfer Desperides, 3393 T. A. L., mit Stückgut nach England, ferner zwei unbekannte englische Dampfer, beide mit Röhren nach England.

Drei Transportschiffe versenkt.

Berlin, 8. Mai. Nach neu eingetroffenen Meldungen wurden wieder drei feindliche Truppentransportdampfer versenkt, und zwar am 15. April östlich Malta ein voll besetzter, durch zwei italienische Zerstörer gesicherter Truppentransportdampfer von etwa 10000 T. A. L. mit Röhren nach Ägypten, am 20. April westlich Gibraltar ein englischer graugewaltiger Truppentransportdampfer von etwa 12000 Tonnen mit östlichem Kurs, am 4. Mai im Ionischen Meer der italienische Truppentransportdampfer Vesuvio (3035 T. A. L.) mit Soldaten des 61. Regiments, der aus einem durch Zerstörer gesicherten Geleitzug herausgeschossen wurde.

Versenkt.

Kopenhagen, 8. Mai. (W. Z. V.) Das dänische Ministerium des Meeres gibt bekannt, daß der dänische Dampfer Odense auf der Fahrt von Alsbach nach Kopenhagen über England mit einer Ladung Erdöl in der Nordsee versenkt worden ist. Ferner ist der Dreimastschoner Selvig, auf der Fahrt von England nach Dänemark, mit einer Ladung Kohlen in der Nordsee versenkt worden.

Amsterdam, 7. Mai. (Meldung der Niederländisch Telegraf. Agent.) Die Waardinger Fischdampfer Maria Maria und Pruis Hendrik der Rederijder wurden in den Grund gefahren.

Die Häfen von Havre und Dünkirchen gesperrt.

Köln, 8. Mai. (W. Z. V.) Die Häfen von Havre und Dünkirchen sind wegen Minenfahr gesperrt.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die Kampflage.

Berlin, 8. Mai. Volffs Bureau teilt mit: Die Schlacht an der Somme, die weiter. Nach dem ungeheuren Aberlaß, den die Franzosen bei dem letzten gewaltigen, in der Breite von 18 Kilometern unternommenen Massenangriff gegen die Mitte des Höhenzugs des Chemin-des-Dames am Abend des 6. erlitten haben, flackerte bis zum Abend des 7. nur an einzelnen Frontabschnitten größere Teilkämpfe auf. Zwischen der Durbeif-Gruppe und Craonne verlor die Gegner in den Morgenstunden mehrmals, unsere Linien zu durchbrechen. Auch gegen den Winterberg versuchte er am Morgen verschiedene Angriffe. Sie wurden jedoch von unserer Artilleriefeuer niedergebunden und scheiterten sämtlich blutig, so daß die Franzosen im Laufe des Tages ihre Angriffe gegen den Winterberg einstellen. Den ganzen Tag über fanden jedoch dort heftige Dauerangriffskämpfe statt. Westlich vom Winterberg wurden vornehmlich französische Sturmwellen niedergemäht und zum Teil im blutigen Nahkampf zurückgejagt. Zahlreiche Tanks beteiligten sich an dem Kampfe. Die Angriffe wurden von frisch herangeführten Divisionen angeführt. Blütige Kleinkämpfe flackerten im Laufe des Tages an mehreren Stellen immer wieder auf.

In den Abendstunden schloß das Artilleriefeuer an der ganzen Front von Vauxaillon bis Corbetta zu starkem Trommelfeuer an. Zeitweilig stießen die Franzosen gegen unsere Stellungstarke Gasminen ab. Von 8 Uhr abends an wie nach Witternacht erfolgten sodann auf der ganzen Front feindliche Teilergriffe, die zum Teil mit großer Erbitterung geführt wurden. Ein starker Ansturm verblühte in unserer Artilleriefeuer zwischen Vauxaillon und Laifaux, ebenso südlich Malmaison-Gruppe, bei La Noue-Gruppe und östlich Braye. An erbitterten Einzelkämpfen nördlich Craonne wurde der Gegner überaus abgelenkt.

Auch an diesem Kampflage erreichte der Franzose nichts, trotz aller gewaltigen Opfer.

Auf dem Brimout, südlich von La Noue, wurde ein schwerer Artillerie- und Gasangriff. Um 4 Uhr nachmittags verließen die Franzosen in Breite mehrerer Kilometer bis östlich Le Gobat die Gräben zum Angriff. Ihre Sturmwellen wurden von unserer Vernichtungsgeschütz gefolgt und zurückgetrieben. Wo es Franzosentruppen gelang, in unsere Gräben einzudringen, wurden sie abends und im Laufe der Nacht wieder hinausgeworfen. Die Stellung ist seit in unserer Hand. Ein starker feindlicher Vorstoß westlich Brimout 11 Uhr abends wurde ebenfalls blutig abgewiesen. Das starke Feuer hielt an. Eine längere feindliche Marschkolonne wurde am 8. morgens von gutliegenden Feuergelegenheiten unserer Artillerie gefolgt.

In der Champagne erfolgte nach anhaltender planmäßiger Feuerbereinigung, die gegen 7 Uhr abends zum Trommelfeuer ansetzte, ein starker französischer Angriff gegen unsere Höhenstellungen nördlich von Prosoes. Der Angriff wurde durch unser Feuer abgewiesen und konnte sich nur zwischen Reil- und Hochberg entwickeln. Wo der Feind an schwachen Abschnitten einbrachen war, wurde er in der Nacht wieder hinausgeworfen. Der mit großem Munitionsaufwand vorbereitete Angriff ist vollkommen gescheitert.

Feindliche Berichte.

Frankfurter Bericht vom 7. Mai, nachmittags. Der geistliche Abend und die Nacht waren durch neue deutsche Gegenstöße in der Gegend nördlich von Soissons und gegen den Chemin des

Tames' gekämpft, wo wir vier frische Divisionen seit gestern festhielten. Sehr heftige, von kräftigen Beschießungen vorbereitete deutsche Gegenangriffe wurden gegen unsere Stellungen an der zweiten Frontlinie, auf der Front Cerny-Durtebise und auf die Höhen von Craonne und Bayette unternommen. Der Kampf, der einen lebhaften und erbotenen Charakter trug, endete zugunsten unserer Truppen, die den wackeren Ansturm feigreich Widerstand leisteten und überall ihre Stellungen behaupteten. Die vom Feuer unserer schweren und Feldartillerie sowie unserer Maschinengewehre niedergemachten deutschen Massen erlitten beträchtliche Verluste. Im Laufe dieser Kämpfe haben wir die Zahl der von uns gemachten Gefangenen vergrößert, die gegenwärtig 6200 übersteigt. Die Gesamtzahl der von den französischen Truppen im Laufe der am 18. April begonnenen Schlacht gemachten Gefangenen beläuft sich auf ungefähr 20 000. — Auf der übrigen Front zeitweise unterbrochene Artilleriekämpfe. Wir schlugen feindliche Handstreich ab, besonders in den Arzonnien, in der Richtung von Vosante und im Grottegebirge. Und gefangen mehrere Einzelfälle in die deutschen Linien an der Côte Souvay und Hillich von Moncel.

Französischer Seeresbericht vom 7. Mai, abends. Am Laufe des Tages hat der Feind seine Vorstöße in der Gegend nördlich von der Mündung von Laffaux und dem Chemin des Dames nicht erneuert. Der Artilleriekampf hat besonders bei Durtebise und im Abschnitt von Craonne, wo die Truppen ihre Stellungen auf der Hochebene von "Calkormien" eingerichtet haben, heftig fortgedauert. Nach Aussagen von an diesem Frontteil gemachten Gefangenen haben vier frische Regimenter, welche an den fruchtlosen Angriffen der letzten Nacht teilgenommen haben, auf der Hochfläche sehr starke Verluste erlitten. Nordwestlich von Reims haben wir einen Erfolg zu verzeichnen: ein Einzelunternehmen hat es uns ermöglicht, unsere Stellungen südlich von Capignoul wesentlich zu erweitern; etwa hundert Gefangene, darunter zwei Offiziere, sind in unsere Hände gekommen. An der übrigen Front mäßige Artillerieaktivität.

Englischer Seeresbericht vom 7. Mai. Heftiger Kampf an der Hindenburg-Linie östlich von Bullecourt. Wir verbesserten unsere Stellung und machten westwärts auf Bullecourt zu Fortschritte. Ein nächstlicher Bombenangriff des Feindes südlich von Topp wurde abgewiesen.

Zweiter englischer Bericht vom 7. Mai. Der Feind richtete einen dritten Gegenangriff mit beträchtlichen Kräften gegen unsere neuen Stellungen südlich des Soucheffusses. Die erste Welle dieses Ansturms erreichte die Böhden an der Front unserer Gräben und scheiterte an unserm Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Die unterirdischen Wellen wurden durch unsere Artilleriesperre erfasst und gebrochen. Ein Deutscher kam bis an unsere Gräben. Heute früh wurde eine starke feindliche Abteilung in ungeordneter Stellung bei Bullecourt von unserm Artillerie- und Maschinengewehrfeuer erfasst und erlitt schwere Verluste. Trotz starken Windes führten unsere Flugzeuge einige erfolgreiche Flüge aus. Sechs deutsche Flugzeuge wurden heruntergeschossen. Eines fiel in unsern Händen nieder, ein anderes wurde außerhalb unserer Sicht zur Landung gezwungen. Zwei unserer Flugzeuge werden vermisst.

Der Balkankrieg.

Der bulgarische Seeresbericht.

Sofia, 7. Mai. (Amtlicher Seeresbericht.) An der Mazedonischen Front unterhielt der Feind im Cerna-Bogen während des ganzen Tages heftige Artillerie- und Minenfeuer. Mehrere feindliche Erkundungsabteilungen, die vorzustoßen versuchten, wurden leicht zurückgeschlagen. Westlich von Warbar lebhaftes Artilleriefeuer. Bei Einbruch der Nacht unternahmen feindliche Infanterieabteilungen nach kräftiger Artillerievorbereitung einen Angriff in der Richtung Kitchik Wehse, südlich von Gungeli, wurden aber durch unser Sperrenfeuer zurückgetrieben. Östlich von Dojran unterhielt der Feind heftiges Feuer mit Hinterhaken auf unsere vorgeschobene Stellung und zwar durch Geschütze, Minen und Maschinengewehre. An der übrigen Front mäßige Artillerieaktivität und in der Ebene von Serres Patrouillenmärmel.

An der rumänischen Front nichts von Bedeutung.

Der deutsche Tagesbericht.

Größtes Hauptquartier, 8. Mai, Mittl. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Kronprinz Rupprecht von Bayern.

An der Arras-Front hat sich der Artilleriekampf weiter verzährt. Feindliche Angriffe auf den Schloßpark von Hocuz und unsere Stellungen zwischen Fontaines und Aincourt wurden blutig abgewiesen. Bei Kämpfen um den Berg von Bullecourt verließ dem Gegner der Stützpunkt des Oriez. Heute morgen rückten unsere Truppen Arras vor und hielten den drei gegen englische Wiederberaubungsversuche. Ueber 200 Gefangene und 6 Maschinengewehre sind bisher eingebracht.

Seeresgruppe Kronprinz.

Auf dem Schlachtfeld der Aisne laute noch dem heftigen, schweren Ringen der letzten Tage die Geschützaktivität getreu hellenweise ab. Zu größeren Kämpfen kam es tagsüber noch nördlich von Craonne, wo die Franzosen sich in erfolglosen, verlustreichen Angriffen bemühten, uns die Höhenstellung zwischen Durtebise, Aime und Craonne zu entreißen. An keiner Stelle hatten sie Erfolg.

In den Abend- und Nachtstunden erfolgten gegen mehrere Stellen der Front von Vauxaillon bis Corbeny feindliche Teilvorstöße, die, abgesehen von geringem örtlichem Erfolg der Franzosen westlich von Craonne, gegenüber der tapferen Verteidigung überall scheiterten.

Bei La Neuville leitete nachmittags hartes Artilleriefeuer einen erfolglosen feindlichen Angriff gegen die Höhe 100 und unsere anschließenden Gräben ein.

An der Champagne bekämpften sich die Artillerien mit zunehmender Heftigkeit. Ein gegen die Höhe nördlich von Craonne beschleunigter französischer Angriff kam in unserm Reaktionsfeuer nur gegen Keil- und Pochlberg zur Entwicklung. Vorübergehend eingebrungener Feind wurde in seine Ausgangsstellung zurückgeworfen.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine besonderen Ereignisse.

Am 7. Mai blühte der Feind 20 Flugzeuge ein. Leutnant Berner schoß seinen 27., Leutnant Freiherr v. Richtig seinen 29. Gegner ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Zwischen Ohrida- und Prespaee wiesen Oesterreicher und Türken feindliche Vorstöße blutig ab.

Im Cerna-Bogen erfolgten gestern nach weitläufiger harter Artillerievorbereitung die erwarteten feindlichen Angriffe auf einer Frontbreite von 8 Kilometern, die dank der hervorragenden Haltung der verbündeten deutschen und bulgarischen Truppen abgeschlagen sind.

Heute morgen hatten neue Vorstöße von Franzosen, Russen und Italienern daselbst Scheitern.

Westlich des Warbar und am Dojransee entfaltete die feindliche Artillerie eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende Tätigkeit.

Im Monat April blühte der Feind 362 Flugzeuge und 90 Fesselballons ein. Von letzteren sind 209 im Luftkampf abgeschossen. Wir verloren 71 Flugzeuge und 10 Fesselballons.

Der verfloßene Monat zeigt die deutschen Luftkräfte auf der vollen Höhe ihrer Leistungsfähigkeit. Während unsre Abwehrmittel mit Erfolg bemüht waren, ruchlose feindliche Bombenangriffe auf die Heimat abzuwehren, setzten die schwereren Kämpfe die höchsten Anforderungen an die im Felde befindlichen Piloten, Fesselballone und Flugabwehrkanonen. In täglicher enger Zusammenarbeit zeigten sie sich ihnen gewachsen. Unsrer Bombengeschwader absolvierten wichtige militärische Aufgaben. Unsrer Luftaufklärung brachte der Führung wertvolle Nachrichten.

Erfolgreicher Einsatz unsrer Piloten auf dem Gefechtsfeld unterstützte die schwer kämpfende Infanterie und Artillerie in vorbildlicher Weise.

Der Erste Generalquartiermeister: Eubendorff.

Berlin, 8. Mai, abends. Mittl.

Bei trübem Wetter mit Regen laute die Geschützaktivität heute sowohl bei Arras, wie auch an der Aisne wesentlich ab.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

70. Sitzung. Montag, 7. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr.

Die Kammer verabschiedet zunächst in Schutzberatung den Gesetzentwurf über die Rechtsmittel in Besitztumsersachen und verhandelt sodann die nationalliberale

Interpellation wegen der Anbaufläche für Kartoffeln.

Herr Dr. Seyfert (Nat.) begründet die Interpellation. Es sind Fälle vorgekommen, wonach unter 100 Pfund Saatkartoffeln, die man den Landwirten als Erlös für die ihnen weggenommenen selbstgebauten Kartoffeln gegeben hat, mehr als die Hälfte schlecht waren. Die daraus entstehende Verblüterung der Landwirte bedroht die Kartoffelernte für die kommende Saison. Darin liegt eine große Gefahr für die Allgemeinheit, die wir, solange noch Zeit ist, bekämpfen müssen.

Minister des Innern Graf Bismarck: Es ist uns nichts erspart geblieben, was geeignet gewesen wäre, unsere Versorgung zu erschweren oder gar zu gefährden. Die Regierung ist bereit, den Fällen, in denen 50 Prozent und mehr des Saatguts weggenommen werden mußten, nachzugehen; eine Verantwortung hierfür trifft sie aber nicht, da sie das Saatgut nicht beschafft hat. Dies ist Sache der landwirtschaftlichen Berufsvereine. Der Landeskulturrat hat für diesen Zweck eine besondere Geschäftsstelle eingerichtet, in der Sachverständige tätig sind. Der Mangel an Speisekartoffeln zwang uns, das Saatgut anzukaufen. Unsrer Anbaufläche wird sich 1917 auch um 20 Prozent vergrößern, trotzdem besteht kein Anlaß, eine Gefährdung der Kartoffelerzeugung zu befürchten. Auch wegen der Kartoffelerzeugung im Reich braucht man sich keine Sorge zu machen, wenn die im ablaufenden Wirtschaftsjahr gemachten Erfahrungen berücksichtigt werden. Es wird vor allem nötig sein, die kommende Kartoffelernte von Anfang an scharf zu ergreifen und die Speisekartoffel vor die Futterkartoffeln zu stellen. Außerdem müssen den Landwirten die benötigten und geeigneten Arbeitskräfte und die erforderliche Zahl von Gefangenen zur Verfügung gestellt werden. Der Anbauzwang wäre nur dann möglich, wenn der Staat in der Lage wäre, jedem Landwirt die für seinen Boden geeignete Sorte rechtzeitig zu liefern. Das ist nach Lage der Verhältnisse ganz ausgeschlossen. Der Kartoffelanbau muß aber in Sachen gepflegt und wieder vermehrt werden; die Regierung wird hierbei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einschreiten.

Herr Schmidt (Konf.) weist den Vorwurf des Ministers gegen die landwirtschaftlichen Korporationen zurück. Für die übertrieben hohen Kartoffelpreise ist die Landwirte nicht verantwortlich. Einzelne Kommunalverbände haben unberechtigtweise in das Saatgut eingegriffen. Die Regierung ist nicht ganz unschuldig, sie hat gegenüber den Reichsstellen nicht den erforderlichen energischen Ton geäußert. Es muß alles getan werden, um bis zum 20. Mai das noch fehlende Saatgut heranzuholen, dann ist uns noch viel gehalten.

Herr Uhlir (Soz.) In der Verringerung des Saatguts erblicken auch wir eine heftige Maßregel, eine Gefährdung der neuen Kartoffelerzeugung. Man darf jedoch nicht verkennen, daß die Maßregel diktiert gewesen ist von dem Mistrauen der Behörden gegen die Bestandangaben über die vorhandenen Kartoffelvorräte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es machen sich jetzt die Folgen der verfehlten Politik in der ganzen Ernährungsfrage, die Folgen des unentgeltlichen Handels und der Preispolitik, die sich darin geäußert hat, daß sich die Verwitterung der Kartoffeln noch immer geltend hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wäre die Organisation zur Kartoffelversorgung im Reich schon zur Zeit der Ernte durchgeführt gewesen, dann wäre uns zum großen Teil die schlimmste Lage erspart geblieben, in die wir hineingeraten sind. Wir halten es auch für nötig, daß die Landwirte gezwungen werden, eine gewisse Anbaufläche einzuhalten. Jeder Landwirt, der den Kartoffelanbau verhindert, sollte als Verdauher angesehen werden und sich der Nationalernte unterwerfen müssen.

Wenn den Landwirten die Speisekartoffeln zu den für diese üblichen Preisen weggenommen worden sind und sich dann die viel teureren Saatkartoffeln kaufen mußten, so ist das eine Ungeheuerlichkeit und gleichzeitig darin eine Gefahr für die weitere Kartoffelerzeugung zu erblicken. Der hohe Saatkartoffelpreis bildet eine hohe Gefahr für den Kartoffelanbau und für die weitere Kartoffelverwertung in der bevorstehenden Ernteperiode. Zu den hohen Preisen hat jeder sein Teil beigetragen, auch die öffentlichen Versorgungsorganisationen. Wenn aber ganz offen erklärt wird, der Kartoffelanbau werde nicht genug Profit ab, dann muß eben der Staat die Sache in die Hand nehmen.

Im übrigen kommt die Interpellation zu spät, wie alles in der ganzen Ernährungsfrage.

Herr Günther (Fortshr. Vp.) hält den staatlichen Anbauzwang für ein gefährliches Experiment.

71. Sitzung. Dienstag, 8. Mai, vorm. 11 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der

Nachtragsetat.

Finanzminister v. Sodenwitz hebt hervor, daß der Entwurf den Gebrauch von Fremdwörtern zu vermeiden und an ihre Stelle deutsche Bezeichnungen zu setzen suche. Dann gibt er einige Erläuterungen zu der Vorlage. Die im Nachtrag eingelegten Ausgaben teilen sich in solche für die Kriegswirtschaftsaufgaben und für die Förderung der künftigen Friedenswirtschaft.

Herr Günther (Konf.) erklärt, daß seine politischen Freunde die weitgehende Fürsorge des Staates für die Beamten in vollem Maße billigen. Einverständnis seien sie auch besonders mit der Gewährung eines laufenden Staatsbeitrages von 200 000 M. zur Förderung der Leipziger Messe. In die Rohstoffberaufgabe sollte der Staat aber nur herantreten, wenn die Ausgaben sich auch rechtfertigen lassen; im übrigen beantragt er Deputationsberatung.

Herr Bettner (Nat.) bittet die Regierung wiederholt und dringend, alles zu tun, um die unzulänglichen Preissteigerungen bei den Holzarten nicht weiter ins Kraut schießen zu lassen. In bedauern sei es, daß die Beiträge für die gewerblichen Schulen gekürzt worden sind. Von besonderer Bedeutung seien die Ausgaben in der Ernährungsfrage, sie würden in der Deputation einer besonderen Nachprüfung zu unterziehen sein. Die Neuordnung, die auch bei uns in Sachen in mancher Beziehung eintreten wird, erfordert ein Zusammengehen aller Schichten der Bevölkerung und der Regierung mit der Volkvertretung.

Herr Eistan (Soz.): Die Vorlage wird in der Deputation sehr gründlich zu prüfen sein. Schon das Kapitel 1 (Posten) wirft die

Frage auf, inwiefern der in den letzten Tagen mit aufsteigend guter Verschönerung erhobene Vorwurf bekräftigt ist, daß hier eine Art Staatswucher getrieben worden ist in einer Zeit der schimmigen Notlage der Bevölkerung. Ob der Ankauf des Sechskilo-Beutels zu angemessenen Preisen erfolgt ist, erscheint auch sehr fraglich. Die Kriegswirtschaftlichen Ausgaben bedürfen ebenfalls der eingehendsten Prüfung.

Verhältnismäßig hoch ist der Aufwand für Personalanwachen, für Feuerungsanlagen usw. Die hier erfolgten Lohnaufbesserungen können aber in keiner Weise als genügen angesehen werden, auch nach den geprüften Löhnen nicht weit von Hungerrenten entfernt. Auch die Aufwendungen für die Beamtengehältererhöhungen begangen nicht ungeteilter Zustimmung. Für die Bevölkerungsposition ist ein besonderer Anstoß gebildet worden. Dieses Beispiel sollte auch auf dem Gebiete der Züchtungs- und Kinderpflege und des Arbeiterlohnes nachahmung finden. Die Wohnungspolitik ist ein Teil Staatsbahnpolitik, die deshalb den Gesundheitsbedürfnissen Rechnung tragen muß, damit die Möglichkeit günstiger Wohnverhältnisse gesichert wird.

Herr Schwager (Fortshr. Vp.) kritisiert, daß der Landtag vor dem Ankauf des Sechskilo-Beutels nicht gehört worden sei. Der Bezugspreis sei viel zu hoch.

Herr Fleißner (Unabh. Soz.) schließt sich den etatrechtlichen Ausführungen des letzten Vorredners an. Die Regierung schone die Finanzen, die in dieser Richtung gezogen werden, andauernd nicht zu beachten, denn sie hätte es sehr leicht gehabt, den Landtag ohne Schwierigkeiten zusammenzubekommen. — Für die Kriegsfürsorge werden weitere 40 Millionen gefordert, eine so enorme Summe, daß schon jetzt die Frage aufgeworfen werden muß: Wie sollen die Schulden getilgt werden? Wie sind die Steuern zu gestalten?

Die sächsische Textilindustrie ist durch den Krieg auf Jahre hinaus in Grund und Boden ruiniert. Im wirtschaftlichen Leben sieht es in Deutschland geradezu trostlos aus. Die Friedensliebe macht sich draußen doppelt und dreifach geltend, bis an die Front. Die deutsche Regierung sollte keinen Augenblick zögern, um den ersten Friedenswillen zu bekunden. Mit schönen Redensarten ist das nichts getan. Der Abg. Bettner hat über mangelnden Einfluß der sächsischen Vertreter im Bundesrat geklagt. In diesem Hause hat man deren Tätigkeit im allgemeinen immer zunichte gemacht, das hat der Herr der Meinung sein müssen, daß ihre Tätigkeit befristete. Das mag zutreffen, soweit die Interessen der bürgerlichen Klassen in Betracht kommen, auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik allerdings ist alles verkannt worden. Der Bundesrat hat die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, auf dem Gebiete der Herbeischaffung eines Friedens das zu tun, was die breiten Volksmassen fordern, nämlich die Herbeiführung eines schnellen und friedlichen Friedens! (Widerspruch.) Wenn Sie aber die Bestrebungen der 24 wirtschaftlichen Verbände auf Annexionen und Kriegsschädigungen unterlassen, dann tragen Sie schuld daran, daß der Friede schnell und in abschbarer Zeit nicht kommt. Die österreichische Regierung scheint ganz anders zu denken, als die deutsche. Es scheinen sich da viele Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen anzubahnen.

Herr Präsident Dr. Vogel: Das gehört nicht zum Nachtragsetat! (Sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien.)

Herr Fleißner: Ich spreche zum Kapitel Bundesrat, der solche Aufgaben zu erfüllen hat, wie wir sie ihm zuweisen. Die Vorgänge in Rußland sollten dazu beitragen, daß zu tun, was ein Gebot der Stunde ist. Wir müssen Verwahrung einlegen gegen die Schermschere gewisser Kreise, wir müssen verlangen, daß der Reichstag eine abschließende Erklärung abgibt, wie er sich den künftigen Frieden denkt.

Herr Fleißner: Ich spreche zum Kapitel Bundesrat, der solche Aufgaben zu erfüllen hat, wie wir sie ihm zuweisen. Die Vorgänge in Rußland sollten dazu beitragen, daß zu tun, was ein Gebot der Stunde ist. Wir müssen Verwahrung einlegen gegen die Schermschere gewisser Kreise, wir müssen verlangen, daß der Reichstag eine abschließende Erklärung abgibt, wie er sich den künftigen Frieden denkt.

Herr Präsident Dr. Vogel (den Redner unterbrechend) hält es für bedenklich, solche Dinge vor der Öffentlichkeit zu verhandeln und droht mit der Wortentziehung. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Herr Fleißner (fortsetzend): Diese Ausführungen sind nicht gemacht mit Rücksicht auf die äußeren Umstände, sondern im Interesse des Volkes. Das deutsche Volk kennt keinen andern Wunsch als den nach Frieden. (Widerspruch bei den bürgerlichen Parteien.)

Herr Uhlir (Soz.) bezieht sich über den ablehrenden Beschluß des sächsischen Kriegsministeriums auf eine Eingabe der Textilarbeiter, daß die Unternehmer zur Zahlung anständiger Löhne angehalten werden möchten.

Herr Uhlir (Soz.) kritisiert die mangelhafte Unterbringung der arbeitslosen Textilarbeiter seitens einzelner Unternehmungsverbände. Herr Präsident Dr. Vogel: Namens der Konserverativen, national-liberalen und fortschrittlichen Fraktion befreite ich dem Abg. Fleißner das Recht, im Namen der Mehrheit des sächsischen Volkes zu sprechen.

Herr Präsident Dr. Vogel: Ich kann nicht im Namen der sozialdemokratischen Fraktion sprechen, glaube aber in deren Sinne zu handeln, wenn ich erkläre, daß die Ausführungen des Abg. Fleißner zeigen, welche Wünsche bezüglich des Kriegsangesanges bei ihm und seinen Freunden herrschen. Wir weisen sie weit von uns ab. (Bravorufe.) Wir sind der Ansicht, daß mit solchen Ausführungen dem deutschen Volke nicht gedient ist. (Sehr richtig!) Wir haben unsern Friedenswillen und unsern Kriegsziele wiederholt bekanntgegeben. Wir stehen auf dem Standpunkt, der sich aus unserer Erklärung im Reichstage am 4. August 1914 ergibt, und sind überzeugt, daß hinter uns das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit steht. (Beifall. Bravo!)

Finanzminister v. Sodenwitz: Die Erklärungen der beiden Vorredner entsprechen durchaus den Anschauungen der Regierung.

Herr Fleißner (Unabh. Soz.): Der Anschluß der Sozialdemokratischen Partei hat doch erst neulich eine Entschliebung gefaßt, in der er sich für einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigungen ausspricht. Ich habe mich auf denselben Standpunkt gestellt. Deshalb ist mir der Standpunkt des Vizepräsidenten Dr. Vogel unbearbeitet. Eine Volksabstimmung würde zeigen, daß wir die Mehrheit des Volkes hinter uns haben. In den feindlichen Parlamenten wird die heftigste Kritik an der Kriegsführung geübt, ohne daß diese Länder darunter leiden, nur bei uns soll kein Wort darüber gesagt werden.

Damit schließt die Debatte. — Der Nachtragsetat geht darauf an die beiden Finanzdeputationen.

Von Nah und Fern.

Zusammenstoß auf der Berliner Untergrundbahn.

Berlin, 8. Mai. (W. Z. B.) Heute nachmittags gegen 5 1/2 Uhr fuhr ein Zug der Untergrundbahn, der von der Station Schönhauser Tor kam, vor dem Bahnhof Alexanderplatz auf einen dort haltenden rangierenden Zug auf. Der Zusammenstoß war sehr heftig; es wurden insgesamt 30 Personen verletzt, davon zwei schwer. Die beiden Schwerverletzten wurden einem Krankenhaus zugeführt. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Es wird noch berichtet, daß der Führer des auffahrenden Zuges vom Dienst entzogen wurde.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Berne Leipzig

Verantwortlich für den Anfertigungsteil:

K. A. Lehmann Leipzig

Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei Klotz & Co.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Umfliche Bekanntmachungen.

Ausgabe neuer Zusatzkarten und Sondernahrungsmittelkarten für Schwerarbeiter.

Die neuen, für die Zeit vom 15. Mai bis zum 9. Juli 1917 geltenden Zusatzkarten und Sondernahrungsmittelkarten werden in der Zeit vom 8. bis zum 14. Mai ausgegeben. Die Karten sind in den bekannten Kartenausgabestellen abzuholen, und zwar für jeden Haushalt — also für alle schwerarbeitenden Familienmitglieder, Untermieter und andre Haushaltsgenossen — auf einmal.

Der Tag, an dem jeder Haushalt an der Reihe ist, wird bestimmt nach der Nummer, die auf dem letzten Kartenumschlag rechts oben aufgedruckt ist. Es werden abgefertigt:

Dienstag, den 8. Mai, die Nummern 1 bis 400,	401	700
Mittwoch, " 9. " " " " " " " " " " " "	700	1000
Donnerstag, " 10. " " " " " " " " " " " "	1001	1400
Freitag, " 11. " " " " " " " " " " " "	1401	1700
Sonnabend, " 12. " " " " " " " " " " " "	1701	2000.
Montag, " 14. " " " " " " " " " " " "		

Abweichungen hiervon können nicht gemacht werden.

Es sind vorzulegen:

1. der letzte Kartenumschlag des Haushalts, zu dem der Schwerarbeiter gehört,
2. die grüne Arbeitsbescheinigung über die Fortdauer des Arbeits- oder Dienstverhältnisses, soweit es sich um Personen, die in einem festen Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen, oder um Heimarbeiter handelt,
3. der letzte Steuerzettel und ein schriftliches Gesuch auf einem Bordruch, der in den Kartenausgabestellen zu entnehmen ist, soweit es sich um Selbständige handelt, die bereits die Schwerarbeiterzusatzkarten erhalten haben. Für Selbständige, die die Schwerarbeiterzusatzkarten noch nicht haben, ist noch beizufügen der Gewerbeschein oder ein ähnlicher Nachweis über den Beruf.

St. A. K.-V.

Leipzig, am 6. Mai 1917.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Gemeindeparafie Debsch-Marttleberg.

Verordnungen:

Debsch
Gemeindeamt Debsch
Nähe Staats- und Straßen-
bahn. Fernsprecher: 26 771.
Postfachkonto
Leipzig 14 999.
Einlagevermögen: 10 000 000 M.
Steuern 2 1/2 % Täglich Besichtigung.
Verordnungszeit: 8-1 und 3-5, Sonnabends 3-2 Uhr.

Marttleberg
Markus Marttleberg
7 Minuten von d. Substation
L. Döblich. — Büro D. u. G. —
Fernsp.: 26 478. Postfach-
konto Leipzig 20 857.

Metallarbeiter

Verband
Zu Mitgliedern
gehören alle Metall-
arbeiter unent-
geltlich zur Vertretung und
Verteidigung in jedem der
abends mit 8-11 Uhr. Tel. 1784
Krankenkassen müssen gegen Einreichung des Verbands-
buchs innerhalb drei Tagen erfolgen.

Die Wahl der Delegierten zur XIII. Ordtl. Generalversammlung

in Köthn a. Rhein findet am Sonnabend,
dem 12. Mai 1917, abends v. 8 bis 8 1/2 Uhr
und Sonntag, den 13. Mai, v. vormittags
11 Uhr bis nachmittags 3 Uhr
in folgenden Lokalen statt:

1. Volkshaus, Leipzig, Zeiger Straße 32
2. Veteranenhalle, L. Genuewitz, Pegauer Str. 33
3. Brauereiausgang, Köthn, L. Gohlis, Eisenstr.
4. Sängerkeller, L. Eutritzsch, Wilhelminenstr. 12
5. Biererschützen, Wahren
6. Deutsches Haus, Schleußig
7. Silberpappel, L. Volkmarzdorf, Kirchstraße 17
8. Landhaus, L. Stöln
9. Zum Hohenkeller, L. Stödt, Rud.-Herzm.-Str. 2
10. Stadt Leipzig, L. Schneefeld, Leipziger Str. 38
11. Gasthaus zum Löwen, Tauscha
12. Restaurant, Windmühle, L. Ritzsch, Bieherstr. 66
13. Restaur. Kamerun, L. Ritzsch-Schl., Nonnenstr. 52
14. Turnhalle Lindenau, Calvischstraße
15. Kaiser Jahn, Reitzsch, Lindenauer Straße 34/36
16. Goldner Krug, Großschlocher, Hauptstraße 47
17. Gasthof zur Eiche, Eutritzsch.

Die Mitglieder haben die Pflicht, sich
rege an der Wahl zu beteiligen.

Werkzeugmacher u. Einrichter. Freitag,
den 11. Mai, abends 8 Uhr, Vertrauensmänner-
schaft im Volkshaus. Alle Betriebe, wo kein
Vertrauensmann vorhanden, müssen einen Ver-
treter senden. Für alle Werkzeugmacher muß
ein Statistik-Formbogen vom Kollegen Oswald
S e i n z e, L. Plagwitz, Raumburger Str. 57, III,
entnommen u. bis Ende d. W. zurückgeliefert werden.
Das Branchenkomitee der Werkzeugmacher.

Die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit
entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder ab-
kommandierten Kollegen müssen sich ohne Rücksicht
auf die Dauer ihrer Beurlaubung im Bureau
wieder anmelden, wenn sie nicht der durch ihre
frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte verlustig
gehen wollen.

Gross- Leipzig Stadt Nürnberg

Tägl. abds. 8 Uhr: Der glanzvolle Spielplan

Richard Förster, Das Leipziger Original
Sylvanos, Der König der Fangkünstler
Oswin Müller, Der geniale Humorist.

In den Vorderkolumnen
ab 7 Uhr: **Humorist. Konzerte.**
Gute Biere. Eintritt frei. Gute Küche.

Wermietungen

Waffen.

L. Plagwitz, Alte Straße 18
2 St., 2. u. 3. St., 2. u. 3. St., 200 M.

Verkauf

Dreifünne 2.75 Mark
Grimm, Steinweg 20, Hall: Str. 1

Unterh. welcher Kinderw. für
12 A. v. L. Co., Regienstr. 12, p.

Unterh. Kinderwagen billig
zu verf. W. Martzstr. 10, l. r.

Sonntag von morgens
9 Uhr ab **Ausgabe** von

Gemüseland

am Personenbahn. Wahren
in Parzellen von 300 □-Mtr.
ab, pro Meter 10 Pfennig.
Pfähle sind mitzubringen.

Möbel aller Art kauft
R. Kaldig, Karl-Heine-Str. 61

Gebr. Grudeolom zu kauf. gef.
Off. m. Pr. osephtenstr. 31, l. l.

Seide und Badleimwand
kaut für die Reichsadleim
zu hohen Preisen **Glassor,**
Wanpäter Steinweg 39.

Kanin- u. Hasenfelle
sowie alle Arten Felle
kaut zu höchstmögl. Preisen
Albin Wagner, Querstr. 27
Fernsprecher 15680.

Kontsch, Lumpen, Knochen
Makulatur u. Leisungen kauft
täglich Ernst Schmidt,
Leipzig, Antonstraße 1.

Wermietete Wohnungen

Steuerzahler

auch auswärtige, reklamieren
wirksam und diskret durch

Steuerbureau P. Graf

Leipzig, Grimm, Steinweg 14

9-1, 3-7, Sonnt. 9-1. Tel. 17484.

Wer poliert einige Instrum.?

Zu meist. Bayerische Str. 62, l. r.

Zahn-Praxis

Fritz Burkert 8

Nürnberg Str.

Weitbekannt und empfohlen
durch schonende Behandlung
und vorzüglich passenden
Zahnerf. Kunstvolle Plom-
bierungen.

Spezialist

für Gefisse ohne Gaumen-
platte, Goldtränen und
Brückenarbeiten.

Wer kühlt sich

Matt und schwach?

Urin- Untersuchungen
lösen das Rätsel.

Apoth. Ulmer, Lpz., Nikolaistr. 38

Sprechzeit 9-12 u. 3-7, Sonnt. 11-1/2, 1 Uhr.

Zahn-Praxis

B. Bernsdorf

Promenadenstrasse 11, l.

Künstl. Zähne u. Plomben von
1.50 Mk. an. Zahnziehen nach
Möglichkeit, schmerzlos. Sorgfält.
schonendste pers. Behandlung.
Sprechz. 9-12, 3-6, Sonnt. 10-12.

Königl. Sächsische Landes-Lotterie

110 000 Lose 55 000 Gewinne

Günst. deutsche Staatslotterie

Jedes 2. Los gewinnt!

im günstigsten Falle

800 000

Hauptgewinn

500 000

300 000

200 000

150 000

100 000

Ziehung I. Klasse

13. u. 14. Juni 1917.

Klassen-Lose:

1/10 - 1/5 - 1/2 - 1/1

M 5.- M 10.- M 25.- M 50.-

Voll-Lose

gültig für alle Klassen:

1/10 - 1/5 - 1/2 - 1/1

M 25.- M 50.- M 125.- M 250.-

empfehlen und versendet

auch unter Nachnahme

die staatl. Kollektion:

Max Lippold

Leipzig, Fernspr. 4919

Grimmischer Steinweg 11

gegenüber der Königlichen

Lotterie-Direktion.

Versand auch ins Feld.

Frauen Leipzigs!

In fast allen Stellungen des öffentlichen Wirtschaftslebens ist heute die Frau als Erwerbstätige eingedrungen. In Fabriken, Kontoren, in Staats- und Gemeindebetrieben und Verwaltungen sehen wir die Frau gleich dem Manne als Schaffende hineingezogen. Mehr denn je beansprucht deshalb auch die staatsbürgerliche Stellung der Frau eine erhöhte Bedeutung.

Der unterzeichnete Kreisvorstand beruft für Leipzig

Öffentl. Frauen-Versammlungen

nach den Lokalen:

Gasthof Neureudnitz, L.-Neureudnitz, Donnerstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr

Nickau-Ausschank, L.-Gohlis, Freitag, den 11. Mai, abends 8 Uhr

Goldner Stern, L.-Döblich, Sonnabend, den 12. Mai, abends 8 Uhr

Drei Linden, L.-Lindenau, Sonntag, den 13. Mai, nachmittags 3 Uhr

Gute Quelle in Beucha, Sonntag, den 13. Mai, nachmittags 4 Uhr

Gasthof Stadt Leipzig in Rötha, Sonntag, den 13. Mai, nachmittags 1/2 4 Uhr

Tagesordnung:

Die Forderungen der Frauen in Reich, Staat und Gemeinde.

Ausprache hierzu.

Referentin in allen Versammlungen Frau Demming-Berlin.

Referentin in Beucha: Frau Schumann-Leipzig, in Rötha: Frau Hörig-Leipzig.

Frauen Leipzigs! Agitiert für guten Besuch dieser Versammlungen.

Zutritt hat jede über 18 Jahre alte Person.

Die Versammlung in Lindenau findet nachmittags 3 Uhr statt, nicht wie irrtümlich angegeben abends 8 Uhr.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins (U. S. P. D.) für den 13. Sächs. Reichstagswahlkreis.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 9. Mai.

Geschichtskalender. 9. Mai 1752: Der Dichter Johann Anton...

Sonnenaufgang: 5,17, Sonnenuntergang: 8,57...

Wie sie „durchhalten“!

Es gibt Leute, die haben Verbindungen, Kutschen und Geld...

Auch sonst sind diese schmutzigen Engel nicht blöde...

Zur Bekämpfung dieser Dartselung, führt die Breslauer Volks-

3 Anzüge.

Ein Fabrikbesitzer beantragt einen Bezugsschein über einen...

10 Kleider.

Ein Kaufmann will einen Bezugsschein über Stoff zu einem...

In mensil.

Ein reicher Mann beantragt für seine 13jährige Tochter...

Die Ledschuhe.

Ein Herr Doktor steht vor der Hochschule und fordert einen...

21 Wäfen.

Die 13jährige Tochter eines Mannes im Villenortel beantragt...

15 Kleider.

Und zuletzt noch die Frau eines reichen Mannes, sie beantragt...

Der Leipziger Verein für öffentliche Lesezimmer im Jahre 1916.

Der Krieg hat die Lesezimmer des Vereins nach dem Jahres-

Das Lesezimmer III (Johannisplatz 14) ist jetzt wieder regel-

Zeit und Eiweiß aus Getreide.

Der Krieg hat den deutschen Ernährungszustand vor große...

Eiweiß aus dem Getreide. Das Kriegsernährungsamt erlaubte die...

Wohlfeile Ratsschlüge.

Berufene und unberufene Federn werden immer seltener...

Lebensmittelkalender für Donnerstag, den 10. Mai.

Ausgegeben vom Städt. Kriegsernährungsamt. Für Haushaltungen...

Der Wegfall des Pfingstmontags als gesetzlicher Feiertag...

Zur Sammlung von Zeitungspapier wird uns geschrieben:

Regelung des Sachzinkverbrauchs. Wie bekannt gegeben, kann...

Die Entwertung von Zuckerkarten. Neuerdings ist bestimmt...

Sammlungen der Postbeamten in Leipzig. Die seit September...

Der Großhandel mit Gemüsen, Obst usw. Vom Montag, dem...

In den 17 Häuslichen Speiseanstalten belief sich in der Woche...

Kriegswurtpreis. Es wird darauf hingewiesen, daß der Preis...

Wo bleiben die Saatkrassen? Der Gartenverein Fröhlich auf...

Einziehung von Straßenbahn-Geldstellen. Am Mittwoch, dem...

Knochenverkauf. Am Donnerstag, dem 10. Mai, findet auf dem...

Die Firma Augustin verkauft heute Rindsknochen an die...

Polizeinachtichten.

Unbekannte Leiche. Am 1. Mai wurde bei Rähn im Rähn die...

Diebstahl auf dem Weidplatz. Aus einer Bude am Weidplatz...

Gestohlene Wäfen und Tabak. Am 1. Mai vormittags in der...

Wem gehört der Torfhaufen? In einer flehigen Gartenanlage...

Wem sind Zinkblechmer und neue Bretter gestohlen worden?

Gemittelter Einbrecher. In der Person eines 23jährigen Schloss-

Benzolexplosion. In einer Kabine in der Bahnstraße explodierte...

Von einem Eisenbahnzug überfahren. Die Handelsmanne-

Eine dreifache Diebin. Eine 19jährige Arbeiterin aus hier beging...

Aus der Umgebung Leipzigs.

Die Höchstpreise der Saat Lupinen.

Durch Bekanntmachung vom 16. Januar 1917 ist für Saat-

Zeitspende aus Abwässern.

Durch eine neue Abwasserreformierung in den Behörden die...

Aus den Nachbargebieten.

Wahlreform in Meiningen?
In der Sitzung des Meiningener Landtages gab nach einer Mitteilung des Berliner Tageblatts der Staatsminister Schäfer eine Erklärung ab, wonach die Regierung geneigt sei, in eine Änderung der Wahlgesetze zu willigen. Die Regierung werde vom Herzog die Ermächtigung zur Umgestaltung der Wahlgesetze für den Landtag und die Gemeinden erbitten. Es wurde ein Ausschuss gebildet, der im Verein mit der Regierung die Vorarbeiten beraten soll. Es sei zu erwarten, daß die nach dem Krige vorzunehmenden Neuwahlen sich bereits unter den neuen Bestimmungen vollziehen werden, was nicht nur für die künftige Zusammenfassung des Landtages, sondern in erster Linie durch die Beseitigung des Zehnstimmen-Wahlrechts auch für die Zusammenfassung der Stadtverordnetenversammlungen von grundlegender Bedeutung sein würde.
Einzelheiten über die beabsichtigte Reform meldet das Berliner Tageblatt nicht.

Saalfeld. Nach einer Verfügung des Staatsministeriums ist die Ausführung von Gängen aus dem Herzogtum nur mit Genehmigung des Landrats gestattet. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. geahndet.

Reichstag.

103. Sitzung. Dienstag, den 8. Mai, nachmittags 3 Uhr.
Am Bundesratsitz: von Stein.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst keine Anfragen.

Abg. Kunert (Soz. Arb.): Die in Rönne-Ehrenfeld vor und mit Beginn des Krieges domizilierten Belgier Jakob van de Beek, Peter van de Beek, Johann Namäker, Lambert Namäker, Theodor Namäker, Lorenz Canßen erhielten im März 1917 von der deutschen Militärverwaltung Gestattungsbefehl zum Eintritt in das Deutsche Reich; eine Anzahl Belgier wurde tatsächlich inswischen eingezogen. Dagegen erhoben die Genannten, die militärisch in ihrem Lande ausgebildet waren, durch den spanischen Konsul Einspruch, weil ihre Einstellung rechtswidrig sei. Dieser Einspruch war vergeblich.
Sind dem Herrn Reichskanzler diese Tatsachen bekannt? Was gedenkt er zu tun?

Oberst Marquardt: Das Kriegsministerium hat sich sofort nach Eingang der Anfrage mit dem zuständigen stellvertretenden Generalkommando des 8. Armeekorps in Verbindung gesetzt. Dieses hat telegraphisch mitgeteilt, daß die in der Anfrage Genannten zur Erfüllung ihrer Wehrpflicht herangezogen seien. Das Kriegsministerium wird die Staatsangehörigkeitsfrage nötigenfalls im Benehmen mit dem Herrn Minister des Innern eingehend nachprüfen. Sollte es sich herausstellen, daß die Genannten unrecht eingezogen sind, dann wird ihre Entlassung ungesäumt veranlaßt werden.
Abg. Kunert (Soz. Arb.) (Zur Ergänzung): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß außer den genannten Belgiern noch eine große Anzahl ihrer Landsleute zum Eintritt in das deutsche Heer gezwungen worden sind?

Präsident Dr. Haack: Das ist eine neue Anfrage.
Abg. Plesching (Vp.) fragt an, ob dem Reichskanzler bekannt ist, daß die Rheinische Handels- und Hebereiengesellschaft m. B. in Mühlheim a. Ruhr sofort nach Verabschiedung des Kohlensteuergesetzes die Preise für Kohle um 8 Mark, die für Koks um 10 Mark für 10 Tonnen ab Umfrachteplatz Mannheim, mit Wirkung vom 1. April 1917, erhöht hat. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um diese Preissteigerung rückgängig zu machen und dem Reichstagsbeschluss gemäß weitere den Betrag der Steuer übersteigende Preissteigerungen zu verhindern?
Ministerialdirektor Müller: Die Anfrage hat zu einseitigen Feststellungen Anlaß gegeben. Eine Antwort darauf ist bis heute noch nicht eingegangen.
Abg. Plesching: Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Abg. Dr. Jund (Natl.) fragt an, ob dem Reichskanzler die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung des Königreichs Sachsen bekannt sind und welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt, um die ausreichende Versorgung Sachsens mit Kohlen und Koks im nächsten Winter sicherzustellen.
Ministerialdirektor Müller erwidert, daß die Beförderungs- und Transportverhältnisse noch nicht weit genug geklärt seien, um eine bestimmte Auskunft für den nächsten Winter zu geben.
Abg. Höer (Zentr.) fragt an, was geschehen sei, um unsere Schafwoll- und Wolleproduktion zu vermindern.
Ministerialdirektor Müller: Die Reichsleitung hat dieser Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Alle notwendigen Maßnahmen sind ergriffen.
Hierauf wird die

zweite Lesung des Militäretats
bei der Beratung der einzelnen Kapitel fortgesetzt.
Bei der Forderung von 270 000 Mk. als vierte Rate zur Erweiterung des Wilhelmshafen-Anstalts in Wesbaden bemerkt
Abg. Stülcken (Soz.): Die Verpflegung der Verwundeten und Kranken in den privaten Kuranstalten läßt sehr viel zu wünschen übrig. Es wird dafür zu sorgen sein, daß die reichsdeutschen Kuranstalten auszubauen und die Verwundeten ganz aus den privaten Kuranstalten herauszubringen sind.
Generalarzt Schulgen: Der Verpflegung der Kranken und Verwundeten wird die größte Aufmerksamkeit zugewandt. Der Bedarf an eigenen Reichsanstalten kann nicht nach dem augenblicklichen Stand an Kranken beurteilt werden, sondern nur nach dem dauernden Bestand im Frieden.
Die Ausgaben werden genehmigt.

Bei den Einnahmen befristet
Abg. Schulz-Eckurt (Soz.) den Feldbuchhandel. Es ist außerordentlich viel geschehen, um die Soldaten mit geistiger Kost zu versehen, aber leider ist der Feldbuchhandel von drei bis vier großen Firmen monopolisiert worden, die aus rein geschäftlichem buchhändlerischem Interesse handeln, nicht aus volkreicherem Interesse. Eine Besserung wird jetzt durch eine vom Kriegsministerium begünstigte G. m. b. H. erreicht. Die Reform darf sich nicht auf die geschäftliche Seite des Volksbuchhandels beschränken, sondern muß das volkreicherische Moment ins Auge fassen.
Abg. Haack (Vp.) bemängelt, daß die Kommandobehörden sich als Schutzmänner fühlen, die das Befehlskörpers der Soldaten zu überwachen haben.

In der weiteren Debatte bemerkt
ein Vertreter des Kriegsministeriums: Ein Teil des Beschlusses wird dem Feldheer unentgeltlich zugestiftet. Außerdem wird auch durch scharfe Feldbücher usw. guter Beschlusse unter den Soldaten verbreitet. Es sind jetzt Leitfäden aufgestellt, die die Zustimmung der buchhändlerischen Organisationen gefunden haben. Neuerdings hat auf Veranlassung des Generalquartiermeisters eine Nachprüfung der Verhältnisse stattgefunden, die ergeben hat, daß noch wohl Mittel vorhanden sind, daß aber im allgemeinen die Leitfäden beachtet werden. Auch im Kinowesen suchen wir den sich breitmachenden Schwind zurückzudrängen. (Bravo.)
Damit schließt die Debatte.
Der Militäretat wird bewilligt.
Es folgen Petitionen.

Eine Petition des Lehrers Anton Maleszka Berlin-Meinichen durch Hilfe in seiner Zwangsdepensionsangelegenheit wird gemäß dem Antrag der Kommission dem Reichskanzler als Material zur reichsrechtlichen Regelung des Zwangsdepensionsverfahrens überwiesen und eine Resolution dazu angenommen, die den Reichskanzler erucht, bei der preussischen Regierung eine Nachprüfung der materiellen Forderungen des Lehrers zu veranlassen.
Nach debattierter Erledigung einer Reihe weiterer Petitionen ist die Tagesordnung erschöpft.
Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. Marinemat., Meinerer Etat, Etatgesetz. — Schluß gegen 5 Uhr.

Die Heckerin des Nonnens, der am Mittwoch voriger Woche auf die Kaufmannsstraße nach der Sonnenstraße durch ihr am Tage vorher zugewandenes Dienstmädchen verhaftet wurde, ist in Wittenberge durch einen Berliner Kriminalkommissar ermittelt und festgenommen worden. Die Heckerin hatte sich unter einem falschen Namen den Dienst verschafft. Es handelt sich um eine 23 Jahre alte Frau Luise Jeserick. Sie hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Beim Ausfragen an einen in voller Fahrt befindlichen Straßbahnwagen fiel in der Erpsdorferstraße zu Regler-Keimont der Reserve-Führer unter den Wagen und wurde totgefahren.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Dresden, 8. Mai.

Die Fortschrittler haben in der Zweiten Kammer diesen Antrag eingebracht:

Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu eruchen, der Ständeverammlung einen gewerblichen Schulgesetzentwurf vorzulegen, durch den dem Nachwuchs in Handwerk und Gewerbe eine gründliche zeitgemäße Ausbildung, und dem Gewerbebetrieb die dringend benötigte Festigung seiner Stellung gewährleistet wird.

Die Konservativen beantragen:
Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu eruchen, in den Staatshaushalt 1918/19, oder schon früher, Mittel bereitzustellen für Errichtung einer Poliklinik in Dresden, die die Ausbildung von Ärzten und Pflegepersonal in manuellen Krankeingymnastik und Massage ermöglicht.

Das staatliche Kohlenbergbaurecht.

Der Gesetzentwurf über das staatliche Kohlenbergbaurecht, der dem Landtag vorgelegt worden ist und diesen Mittwoch in der Zweiten Kammer zur allgemeinen Vorbereitung steht, will das Kohlenunterirdische im Interesse der Allgemeinheit der Privatbesitzer enteignen und dem Staat das alleinige Recht, Kohlen aufzusuchen und zu gewinnen, einräumen. Dem in Sachsen geltenden Eigentumsrecht des Grundbesitzers an dem Kohlenunterirdischen soll also, wie an dieser Stelle schon ausführlicher dargelegt worden ist, ein Ende gemacht werden. Heute sei noch erwähnt, daß der Gesetzentwurf im ersten Zusammenhang steht mit dem neu geschaffenen staatlichen Elektrizitätswesen.

In Sachsen liegen ausgedehnte Braunkohlenfelder. Die bergen keine Brennmittel erster Qualität; diese Kohlenmassen, die zum größten Teil in erheblicher Mächtigkeit lagern, sind jedoch zur Verleinerung verwendbar und können auch im Urzustande zur Gewinnung von Dampfstellen verwendet werden. Daher bieten sie reiche Quellen zur Erzeugung von Elektrizität. Im letzteren Falle würden die Werke direkt an die Kohlengruben gebaut und die Elektrizität dann den Versorgungsgebieten zugeleitet werden müssen, wobei auch größere Entfernungen leicht zu überwinden sind. Zum Teil ist die Umwandlung der sächsischen Braunkohle in der angegebenen Weise in Elektrizität bereits im Gange. Es ist ohne weiteres klar, daß unter solchen Umständen die meist in pulverförmigen Zustande in großen Mengen lagernde sächsische Braunkohle, die auf mehrere Jahrzehnte andauernde würde, bei Bedarf an Elektrizität im Lande zu deren von größter Wichtigkeit ist.

Ein Teil dieser Braunkohlenfelder ist vom Staat bereits erworben die meisten befinden sich jedoch noch im Privatbesitz. Mit diesen beginnen Spekulanten unter Mitwirkung böhmischer Kohlenmagnaten einen bedeutlichen Handel zu treiben zu dem Zweck, möglichst hohe Gewinne aus den Kohlenfeldern des Landes herauszuschlagen. Die Preise für die Kohlenfelder werden dadurch natürlich stark in die Höhe getrieben und schließlich auch die Kohle erheblich verteuert werden. Um dieser bedenklichen Spekulation mit diesen wichtigen Bodenschätzen zu begegnen, forderten im letzten Landtag alle Parteien die Regierung auf, durch gesetzgeberische Maßnahmen diesem Treiben einen Riegel darüber vorzuschieben, daß dem Staat das ausschließliche Recht gesichert werde, Kohlen aufzusuchen, neue Kohlenfelder zu erschließen und die Kohlen daraus abzubauen. Nach Lage der Dinge mußte, wenn nicht inzwischen die meisten Kohlenfelder in Spekulantenhände fallen sollten, schleunigst gehandelt werden.

Zunächst hat man sich mit dem Sperrgesetz, dem nun der Gesetzentwurf zur endgültigen Regelung der Materie gefolgt ist. In ihrem grundlegenden § 1 besagt die Vorlage:

Die Kohle (Steinkohle und Braunkohle) ist vom Ausbauge-recht des Grundbesitzers, sofern nicht dieses Gesetz Ausnahmen trifft, ausgeschlossen. Vom Grundbesitzer abgetrennte Kohlenbergbaurechte erlöschen, soweit sie nicht unter diese Ausnahmen fallen. Das Recht, Kohle aufzusuchen und zu gewinnen, steht in dem Maß an diesem Gesetz ergebenden Umfang dem Staat zu (staatliches Kohlenbergbaurecht).

Ausgenommen von diesem staatlichen Recht ist das Kohlenunterirdische, das zum Grundbesitz eines bereits am 18. Oktober 1916 von einem Privatunternehmer betriebenen Kohlenbergwerks gehört. Dies gilt nur, wenn dem Bergwerksunternehmer an diesem Tage bereits das Eigentum am Grundbesitz zustand war, falls das Kohlenbergbaurecht vom Grundbesitzer abgetrennt war, das Kohlenbergbaurecht übertragen war. Der Staat braucht sein Recht, Kohlenbergbau zu treiben, nicht selbst auszuüben, sondern kann es andern übertragen. Auf jeden Fall erhält der Eigentümer des Grundbesitzes, sobald Kohle gewonnen wird und solange dies geschieht, entsprechend der jährlichen Förderung eine Abgabe. Das Recht auf diese Förderabgabe ist mit dem Eigentum am Grundbesitz verbunden, es kann nicht von ihm getrennt und nicht Gegenstand besonderer Rechte werden.

Im neuesten Petitionsverzeichnis finden sich allein 14 Petitionen zum Gesetzentwurf über das staatliche Kohlenbergbaurecht. Außerdem eine Petition um Gewährung einer Entschädigung aus Staatsmitteln wegen der Vermögensrechte, die dem Besitzer durch das Kohlen-Sperrgesetz entzogen worden sind.

Die Petitionsdeputation hat sich mit der Petition des Verbands der Jenerbestattungsvereine wegen Nachträglicher Einräumung der im Felde gefallenen Anhänger der Reichsvereinerung beschäftigt; die Regierung hat die Erklärung abgegeben, einen Gesetzentwurf vorlegen zu wollen, um der Beschwerde abzuhelfen. Die Erste Kammer hat dem Gesetzentwurf über die Verlängerung der Sitzungsperiode ebenso wie die Zweite Kammer nach dem Vorschlag der Regierung zugestimmt.

Frankenberg. Die hiesige städtische Sparkasse verzinst Einlagen, die in gemünztem Golde bewirkt werden, bis Ende nächsten Jahres jährlich mit 5 Proz.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Im nahen Dausdorf bei Frankenberg staketen nachts eine Anzahl Personen aus Böha der Kartoffelfeine des Grundbesitzers Paul Kunze einen Besuch ab und stahlen etwa sechs Zentner Kartoffeln, die sie in Rucksäcken fortgeschleppten. Der Landespoltzeimeister Heinrich aus Böha griff unterwegs sieben der Diebe (seinen Mann und sechs Frauen) auf und nahm ihnen die Beute wieder ab. — Der neun Jahre alte Sohn des im Felde stehenden Kraftwagenführers W. in Glaudau war in Begleitung seiner Schwestern in die Höhe des Muldenreitbades gekommen, das dem Verkehr noch nicht wieder übergeben ist, als ihn die Lust überkam, ein Bad zu nehmen. Trotz der Warnung seiner Schwestern sprang der Knabe in die Röhre, die augenblicklich einen sehr hohen Wasserstand hat, und verschwand sofort in den Fluten. Die starke Strömung hatte ihn fortgerissen. Die Leiche konnte bisher nicht geborgen werden.

aussteute aus Abwässern zu erwarten ist, die Anbringung von Zellaufhängern anzuwenden, und zwar bei Gaswerkstätten, Zelleinrichtungen, Schlachthäusern, Darmstilleinrichtungen, Wägereien, Wurfböden, Konfervenfabriken, Krankenhäusern, Lazaretten und ähnlichen Betrieben. Die von den Landeszentralbehörden zu bestimmende Behörde entscheidet darüber, ob der Einbau eines Zellaufhängers verlangt werden soll oder unter welchen Bedingungen der Einbau von dem Betroffenen zu dulden ist. Die gewonnenen Netze sind dem Kriegsausschuss anzumelden und auf Verlangen abzuliefern.

Engelsdorf. Samstags- und Mauseverteilung. Die gemeinsame und gleichzeitige Vornahme der Samstags- und Mauseverteilung in der hiesigen Gemeinde ist wegen der Wandlung und rascher Vermehrung dieser Schädlinge von ausschlaggebender Bedeutung für den Erfolg des Verfahrens. Die Amtshauptmannschaft hat deshalb ein Merkblatt zur Verteilung dieser für die Feldschädliche schädlichen Tiere ausgegeben, das auf dem hiesigen Gemeindeamt einzusehen werden kann. Bei Nichtbeachtung der behördlichen Anweisungen setzen sich die Interessenten strenger Bestrafung aus.

Kauzhof. Einschränkung des Gasverbrauchs. Infolge der Kohlenknappheit gestaltet sich die Erzeugung und Abgabe des Gases immer schwieriger. Dabei wird von der Einwohnerschaft fortwährend mehr Gas zu Kochzwecken verwendet. Wenn auch anerkannt wird, daß hierzu ein begründeter Grund vorliegt, so muß andererseits auf die Gefahr hingewiesen werden, die eine übermäßige Steigerung des Gasverbrauchs nach sich ziehen würde. Die hiesige Gasanstalt war bisher in der Lage, ihre Abnehmer ohne Einschränkung zu bedienen. Es muß aber jetzt dringend ersucht werden, mit dem Gas bei der Beleuchtung und beim Kochen äußerst sparsam umzugehen, damit die Anstalt für den Winter genügend Kohlenvorrat behält. Wenn diese Ermahnung nicht den gewünschten Erfolg zeigt, müßte zu durchgreifenden Maßnahmen geschritten werden.

Landes. Städtischer Warenverkauf. Morgen Donnerstag, nachmittags von 6-8 Uhr, wird im Verkaufsraum der alten Schule Parzerstraße das Stück zu 25 Pfd., verkauft. Haushaltungen bis zu drei Köpfen erhalten ein, Haushaltungen mit mehr als drei Köpfen zwei Stück. Warenausweisekarte ist vorzulegen und abgegebene Geld ist mitzubringen.

Strieschütz. Getreide. Wird Freitag, den 11. Mai, vormittags 10-12 Uhr, im hiesigen Brauereigebäude ausgegeben. Auf jedes Sack enthält 1/2 Pfund für den Preis von 15 Pfd.

Geißh. Marktberg. Neue Fleischkarten und Warenmarken werden morgen Donnerstag von vormittags 10 bis 12 Uhr nach den Aufangsbüchern der Familiennamen im Gemeindeamt, Zimmer 7, ausgegeben. An Kinder unter 12 Jahren werden die Karten nicht gegeben. Karten dürfen für andere Familien nicht entnommen werden. Die alten Kartenlöcher sind bei der Ausgabe vorzulegen. Das Anstellen vor der Zeit im Gemeindeamt ist verboten. Im Kreis der Marktberg werden dieselben Karten ebenfalls morgen Donnerstag in der Zeit von vormittags 11 bis 12 Uhr im Meldezimmer des Gemeindeamtes ausgegeben. Wer die obigen Karten nicht zur richtigen Zeit abholt, muß 25 Pfd. für die verspätete Wohnung entrichten.

Markranstädt. Kartoffeln. Morgen Donnerstag findet die Ausgabe von Kartoffeln in den bisherigen Verkaufsstellen statt. In Schwer- und Schwerarbeiter werden 7 Pfund, an alle übrigen Personen 5 Pfund veranschlagt. Daneben können Kohlrüben bis zu 2 Pfund pro Person bezogen werden.

Aus der Reichshauptstadt.

Verpflichtung des Oberkommandos. Die Transportzentrale des Oberkommandos ist jetzt in wesentlich größerem Umfang als früher in der Lage, dem Publikum durch Stellung von Privatfuhrwerken auszuweichen. Während die Nachfrage nach Zweispännern recht reg ist, werden Einspänner, die der Transportzentrale in erheblicher Anzahl zur Verfügung stehen, verhältnismäßig wenig verlangt. Mit Einspannern können Lasten bis zu 25 Zentner befördert werden. Zweispänner kosten für die achtstündige Arbeitszeit einschließlich Kutscher 48 Mk., Einspänner 30 Mk. Auch bei kürzerer Anspannung sind die vollen Sätze zu zahlen. Anträge auf Fuhrwerkstellung sind schriftlich oder mündlich bis 12 Uhr mittags am Tage, bevor der Wagen gestellt werden soll, bei der Transportzentrale, Dorffischenstraße 8, einzureichen.

Der Ausbau des Stettiner Bahnhof. Der Stettiner Bahnhof, der zu den ältesten Berliner Bahnhöfen gehört, soll nach den Plänen der Staatseisenbahnverwaltung dem wachsenden Verkehr entsprechend ausgebaut und erweitert werden. Der Bahnhof genügt jetzt nicht mehr den Verkehrsansprüchen. Besondere Umstände und Zeitverluste veranlassen die Bildung und das Abstellen der Personenzüge. Für die dazu erforderlichen Auf- und Abstellplätze wird ein besonderer Abstellbahnhof auf einem Gelände südlich vom Bahnhof Gumbdamm errichtet. Ferner ist zur Erweiterung des Zufuhr- und Abflusses der Bezüge ein neues Ausziehfeld auf der Ostseite des Bahnhofs in Aussicht genommen.

Die Preissteigerung der Englischen Gasgesellschaft. Der Liquidator der Gesellschaft, Stadtrat Cassirer, gibt jetzt die Gemeindefürsorge bekannt, in denen die Preissteigerung für das von ihr gelieferte Gas eintritt. Danach beträgt in Berlin, Schöneberg und Neukölln sowie in Nikolasee, Steglitz, Tempelhof, Weißensee, Buchholz, Heinersdorf, Niederschönhausen und Rosenthal, ferner in Domäne Dahlem der Preis des Gases von dem Tage an, an dem im Monat April 1917 die Gasmesserkunde von den Beamten der Gesellschaft aufgenommen wurden, einschließlich Warenaufschlag, 16 Pfd. für das Kubikmeter.

Die Gemeinde-Einkommensteuerfreiheit der Einnahmen bis 200 Mk. Den Vorschriften der §§ 79 und 80 des Eink.-St.-G. entsprechend werden die für das Steuerjahr 1917 festgesetzten Staats- und Gemeindefürsorge befreit von der Einkommensteuer mit Einnahmen von nicht mehr als 200 Mk. zur Gemeindefürsorgesteuer von 12 bis einschließlich 26. Mai, täglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, 8 bis 11 Uhr abends. Die Einkünfte in diese Listen ist nur denjenigen Personen gestattet, deren veranlagtes Einkommen den Betrag von 200 Mk. nicht übersteigt. Die Offenlegung der Listen erfolgt unter besonderer Aufsicht von Beamten im Stadthaus, Straßener Straße 15-22. Die Frist zur Einlegung der Berufung gegen diese Veranlagung läuft mit dem 28. Juni ab.

Aus dem Brande einer Samstagskammer gerettet, aber von der Polizei beschlagnahmt wurden größere Mengen von Schinken und Speck im ersten Stock des Hauses Mantuffelstraße 20. Dort war in der Wohnung des Hausverwalters Gorn in einer Kammer, die als Vorratsraum und Werkstattdiente, Feuer ausgebrochen.

Verhaftete Geldhändler. Eine Händlerin aus der Schmiedstraße, deren Mann im Felde steht, hatte alles Geld, das sie ersparte, in einen Kasten und vermachte es in ihrer Raube im Wohnviertel. Unter dem Fußboden hatte sie ein Loch gegraben, und darin fand der Kasten, der außer dem Gelde auch Schmuckstücke und Papiere enthielt. In der Nacht zum Dienstag entdeckten Einbrecher das Versteck und nahmen den ganzen Schatz mit. Die Frau verlor auf diese Weise 3000 Mk., darunter zehn Hundertmarkstücke, das andre in hartem Gelde.

An den Brotartenfällungen war auch ein mitverhafteter Russe Smiatkowski beteiligt. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß seine Braut, die Russin Stanislawna Krasnopolzki, die am Grünland Weg 74 unangekündigt wohnte, in die Brotartenfällungen und in den Bereich der Karten einverweilt war und die Ersparnisse des Smiatkowski aus seinem Anteil verwehrte. Man fand bei ihr 2500 Mark bares Geld und Papiere über ein Guthaben von 6000 Mk. Wahrscheinlich hat sie noch mehr Geld irgendwo versteckt oder angelegt. Das Mädchen wurde ebenfalls verhaftet.

Paul Bronchhorst.

Roman von Levin Schilling
Fünftes Kapitel.

Worin Paul Bronchhorst eine ganz merkwürdige Entdeckung in der Abteikirche macht.

Es waren drei Tage etwa nach dem kleinen Landausflug der notariellen Familie verfloßen, als bei heretnbrochendem Abend Paul Bronchhorst gen. Marlenborn von einem Besuche heimkehrte, den er in der kleinen Stadt Ensa dem würdigen Herrn Hofrichter Randermonu gemacht hatte — wir haben dieses ehrenwerten Mitglieds der neuerlichen städtisch-englischen Regierung bereits früher Erwähnung getan, namentlich als dessen, der Moorhahns Aktien in Empfang genommen und abgest. Als Paul in sein Arbeitszimmer trat, herrschte darin bereits die Dämmerung, doch nicht so sehr, daß er die Aufschrift eines starken Briefes, der unterdessen eingelassen war, nicht noch hätte lesen und die Handschrift Zonders erkennen können. Er schaltete nach Licht und erbrach dann die Epistel seines Freundes, Zonders schrieb: „Es ist eine unangenehme Einwirkung in der Welt, Heber Freund, daß die meisten Menschen, die zu uns kommen, irgendwas haben wollen und sehr wenige uns etwas bringen. Auch ich will heute allerlei von dir, und zwar, damit ich mir gleich sage, so ziemlich alles, was man nur verlangen kann, ohne die zarte Grenzlinie zu verletzen, die zwischen Bescheidenheit und Unverschämtheit liegt. Ich will von dir Färsprache, Arbeit, Geld! Färsprache für eine Freundin, Geld für eure Truppen, Arbeit für mich. Was die Freundin betrifft, so ist dies Demoselle Agnes Dorgelo, Tochter des Färschers und Verwalters auf meinem Schloße Kellingstein. Das poetische Gemüt dieser etwas schwärmerischen jungen Dame schenkt sich aus der Einfachheit des Schloßes in die Welt“, worunter junge Mädchen, wie du weißt, eigentlich eine angenehme, mit einiger Cour-macherei durchsprinkelte Kaffeegesellschaft verstehen. Demoselle Agnes Dorgelo ist eine von jenen weißen, gutmütigen, anknügel-samen Naturen, die man vorzugsweise kreuzherzig nennt; ob das Wort gut gewählt ist für diese sauffen Wesen, weiß ich nicht — mir scheint, sie haben zu viel Neigung dazu, sich „herzen“ zu lassen, um durch „Treue“ sich anzugehen. Sonstiger weiblicher Tugenden besitzt sie viele — sie ist recht vornehmlich, liebt Eulalia, geht in den tiefen, dunkeln Wald und ruft arme erlösbare Wildbiede wieder ins Leben, wenn sie nicht gar zu sehr tot sind; sie bügelt und macht Kleider und hat dabei ein großes Hausgut vorzusehen gelernt. Du siehst, du hast die dringende Pflicht, dies Kleinod dem herzoglichen Dienst zu gewinnen, zu irgendeiner nützlichen Tätigkeit — ich bitte dich nebenbei darum, denn die „Musik von Kellingstein“ hat die Ehre gehabt, meine kindlichen Spiele zu teilen, und ich bin ihr natürlicher Protetektor!

Ich war nämlich gestern in Kellingstein und hatte die beste Ab-sicht, mein dortiges Archiv zu durchstöbern, in der Hoffnung, irgend-etwas anzufinden, was bei meinem Prozeß von Wichtigkeit sei. Da mir dies nicht gelang ist, so bleibe mir nichts übrig, als zu bitten, du mögest dich, ohne daß ich dir weitere Materialien liefern, an die Arbeit machen. Es wird Zeit, daß wir unsere juristische Batterie eröffnen, um die Herren, die jetzt darüber gebieten, aus Kellingstein zu vertreiben, denn sie lassen es mir gar zu arg ver-fallen.

Ich soll dir ferner, teurer Freund, einmal wieder von deinem Hauptmann Frankeur zu wissen tun, daß er mit seinem Gelde zu Ende ist. Als vollendete Meister einer alten Kriegsgugel ist er, wie du weißt, „Schreibens unersahen“, oder vielmehr, er setzt die Feder zu einer mehr oder minder gelungenen Namensunterchrift nur an, wenn er durchaus muß und der Gegenstand es unumgänglich-erfordert. Bei einem so alltäglichen und dem natürlichen Laufe der Dinge so sehr entsprechenden Falle aber, wie Managel an Geld ist, erlaubt er sich damit begnügen zu können, daß er es dir durch mich sagen läßt.

Die Kellingtonen, behauptet er übrigens, haben höchst bedrieblen-den Fortgang. An den Uniformen sind zahllose gewandte Schneide-hände tätig; die andern Anordnungengegenstände, die der Haupt-mann aus den Depots unserer ehemaligen landesfürstlichen Armada den Preußen spottwöhnlich abgelaufen hat, zeigen sich aus beste ver-wendbar.

Ad vocem Preußen. Diese haben in unsre friedlich stillstehen-den Gewässer einen Stein geworfen, der einen höchst lebhaften Wellenschlag darin hervordringt. Eilentlich hint der Vergleich, denn dieser Stein läßt sich nicht „werfen“ und geht nicht zu Grunde — er ist im Gegenteil der Mann, immer hegreich oben zu bleiben.

Ich meine, wir müßten dankbar und stolz darauf sein, daß uns die preussische Regierung wert findet, zwei so tüchtige Leute an uns zu wenden, wie den vortrefflichen Urhufaren Wäcker, der hier überaus populär wird mit seiner selbständigen Biederkeit und seiner fixen Idee, er habe einen Elefanten im Leib; und diesen ausgezeichneten kleinen Reichsfürstern vom Stein, mit seiner langen seinen Nase und seinen kleinen Augen Augen und seinem hübschen Gesicht. Ein Kompliment mag freilich nicht darin liegen — die verstocktesten Schäfer erfordern die besten Lehrkräfte. Aber ich meine, jedes Land, das einen solchen Administrator hat wie diesen Stein, kann dem Himmel danken. Gegen das Kommissarwesen auf dem Teile unersz Schloßes, den der Militär-gouverneur bewohnt, hat der Stadtklarck allerdings viel einzunehmen. Es geht da toll und liebertich genug her. Die alten Domherren waren schlumm, aber von diesen neuen Herren hätten sie viel lernen können. Man kann jedoch nicht leugnen, daß fast alle unsre Sorgen und Beschränkungen vor der neuen Regierung sich zum mindesten als übertrieben herausgestellt haben, und selbst Hauptmann Wäcker und Advokat Wäcker beginnen, sich in ihr Schicksal zu finden. Hauptmann Wäcker ist jedoch einiger Verdreiter einer Prophezeiung, daß die Preußen wieder von hier abzichen würden und zwar gerade dann, wenn die Meßhuden auf dem Domhose aufgeschlagen seien; und zwar so unerwartet und plötzlich am frühesten Morgen, daß, wer spät aufstände, fragen würde: wo sind sie geblieben?

Die Auslieferung der euer Färsentum betreffenden Akten- und Geschäftsbestände Moorhahns an den Kommissar des Herzogs von Anglure ist nun endlich vor sich gegangen. Ich habe vergeblich bei der zu diesem Besuche in Moorhahns Schranken vorgenommenen Revision das Dokument zu ergattern gesucht, auf das ich laure. Entschlüsseln soll es mir dennoch nicht! Ich bin noch hinger daran geworden, seit ich in Kellingstein war. Da sind mir allerlei Ge-danken und Kombinationen durch den Kopf geschossen. Aber davon müßlich, wenn ich dich nächstens einmal besuche.

Zuletztendovi hat sich ein paar-mal hier in unserm Bureau blicken lassen und geheime Zwiesprache mit dem Prinzipal gepflogen. So viel ich bemerken kann, handelt es sich um das Flüssigmachen bedeuten-der Geldsummen — im ganzen einer Million Frank — weshalb es gerade Frank sein müssen, weiß ich nicht!

Doch nicht schon zum Behuf der Ausstattung und der Sozietät-schlichkeiten? unterbrach Paul hier bitter lächelnd seine Lesüre. — Der gute Baron würde sich stark vernehmen.

„Noch ein Item. Es ist hier eine geheimnisvolle Dame, eine auffallende, aber blaß und leidend aussehende Schönheit angekom-men, die sehr zurückgezogen lebt und die man nur zuweilen in der Dämmerung, einen Knaben an der Hand führend, auf öffentlichen

Spaziergängen bemerkt. Sie soll der Volizei — so sagt man — einen Paß, lautend auf den Namen Madame Henriette d'Anglure, Komtesse d'Espaville, vorgelegt haben. Was kann das bedeuten? Kommt einem gnädigsten Herrn so etwas von Dämmerung bedeckter Vergangenheit nachgefeselt? Dein Zondern.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Schauspielhaus (Dhella). — Für Kunstwerke von allgemein-menschlicher Bedeutung gibt es auf der Bühne keine Darstellungen, die den Anspruch erheben könnten, die allein richtigen zu sein. Von Werken, die einen kleinen, enghirnigen Gedanken- und Gefühlskreis umspannen, kann man sich wohl Ausführungen denken, in denen jede Note bis in die letzte Verwendung hinein erschöpfend erledigt wird. Ausführungen der großen Leidenschafts- und Weltanschauungs-dramen bleiben immer Versuche, und wenn man die größten Schau-spieler der Welt zusammenriefe und den höchsten Spielwart mit den höchsten Nachbesorgnissen ausstättete. Alle Bemühungen, Gestalten wie Hamlet, Ophelia, Hamlet, Othello, Lear, Randalph auf der Bühne zu verkörpern, bleiben Experimente, müssen Experimente bleiben. Darum haben auch nirgends die Darsteller in dem Maße Recht, in Pflicht, ihrer eigenen Natur zu folgen, wie in solchen Rollen — sie müssen ja auch nirgends so rücksichtslos alles einsehen, was sie an körperlicher und geistiger Kraft besitzen.

Wegener sieht diese Verpflichtung als Othello in einem Maße, die ihm allein schon höchste Achtung sichert, auch wenn sich schwere Bedenken gegen das Erreichte einstellen. Zwei Linien seines künstleri-schen Willens scheinen sich mir in seinen Bemühungen um den Mohren zu kreuzen und eine höchst eigentümliche Gestalt hervor-zubringen. Einmal das Streben nach Monumentalität. Sein Othello wirkt in den Augenblicken der Sammlung wie eine Bronze-statue. Sein Mohr ist als der von Beadie bestellte Feldherr auf der Höhe seiner Macht das Bild von zusammengerasteter Kraft eines Naturmenschen, der, seiner Rasse wegen, das Leben eines Einsamen, Arumblosen hat führen müssen, ganz auf die eigene Kraft, das eine unbegreifliche Rechtsgefühl gestellt, eingeschränkt und beschränkt, aber in der Beschränkung unerschütterlich fest — breite, schwere Be-wegungen ohne Ueberstatur, wie bei einem Menschen natürlich, der gewohnt ist, gesehen und aufmerksam beobachtet zu werden. Etwas wie ein wandernder Koloss. Diese zusammengesetzte Würde wird im Verlaufe des Stücks unterzogen und zerbröckelt, bis sie sich nach überstandem Sturm in milderer, nicht selbst eheft ab-rechenbarer Form wieder herstellt. Die Startheit löst sich zunächst in dem Liebesabenteuer, in dem der Mohr seine Menschlichkeit frei gibt, und wird allmählich ganz zerstückt, als ihm nun ein Schurke beachtet wird, daß er, der Othello, zusammengefaßt, sein Ver-trauen in gutmütiger Torheit einer Unwürdigen geschenkt habe, daß er wie ein dummes Junge geant hat, in einer Gesellschaft wirklich heimlich werden zu können, die ihn immer als Fremden empfindet. Und hier tritt nun das Moment in Wegeners Kunst in Erscheinung, daß für seine Schaffensart, seine Menschenauffassung bezeichnend ist. Wenn er im Strindberg'schen Totentanz das Absterben des Haupt-manns zu schildern hat, betont er auf stärkste die Erscheinungen der Verkaltung; er betont das Bewußtsein Menschen zu Schaden des Geistes und Gehirns. Ähnlich betont er, sobald er die Verführung des zu Anfangs imhellenen Mohrenschild, aufs allerstärkste den Rassenmenschen. Stärker als wohl alle Darsteller bisher. Und wieder zu Schaden des geistigen Menschen. Für andre Darsteller mag die Hauptsache sein, daß eben ein ehrlicher, gerader Soldat sich durch die Einflüsterungen eines unter der Maske der Freundschaft sich heranschleichenden Schurken erschüttern läßt. Für Wegener wird zur Hauptfrage, daß dieser Soldat, in dem eine sinn-lose Leidenschaft von der Rasse losgelöst wird, ein Meger ist. Dieser Rausche springt wie ein Lieber über den Tisch, schwelgt in Gurgel-sauten, ergeht sich, die Umgebung ganz vernachlässigend, in Lauten einer fremdartigen Sprache, wird Tier aus Neccerart.

Solcher Rassennaturalismus, zusammengeschiebt mit dem Stre-ben nach Monumentalität, ergibt ein höchst phantastisches Bild. Es entsteht ein menschlich-therisches Nadelwesen von höchster Eigenart. Gewiß eine Leistung ersten Ranges, aber auch ein Bild, das das Stück, wie es nun einmal ist, sprengt. Diese Gestalt schreut nicht mehr in ein psychologisches Leidenschaftsdrama, sondern in ein wildes phan-tastisches Märchenbild, das in hartfarbenen Traumbildern vorüber-zieht. Es liegt nahe, an den Einfluß zu erinnern, den zweifellos Wegeners Kinobestrebungen auf seinen Darstellungstil ausgeübt haben. Und diese Art des Spiels, soweit sie fast rassennaturalistisch ist, hat weiterhin die schlimmsten Folgen für die Gestalt der Desdemona. Wenn ihr Vater sich das Entstehen ihrer Liebe nicht anders als aus der Wirkung von Raubermitteln erklären kann, so hat er moderne Zuschauer angesichts dieser Darstelluna eine andre Erklä-rung zur Hand; er denkt an die überblühten Mädchen, die ihre flackernde Geistes in die zoolonischen Gärten tragen, wenn wilde Wälderwälder geistert werden. Die Desdemona muß schon ganz un-geduldet werden, wenn sie neben einem Wegener'schen Othello be-achtet soll — und die Gestalt der Desdemona, wie sie nun einmal vom Dichter gegeben ist, dürfte wohl den Hauptwand gegen Wegeners Darstellung abgeben, soweit sie rassennaturalistisch ist; es hat schon seinen guten Grund, wenn Darsteller sich davor hüten, den Meger in Othello überstark zu betonen, oder ihn in einen edeln Verber undichten. Wie das Stück als Ganzes, so vertritt die Ge-stalt der Desdemona Wegeners Ausdeutung des Othello nicht.

Wenn trotzdem Wegeners Othello restern einen überwältigenden Eindruck machte, so wohl deswegen, weil der Zuschauer nicht in erster Linie das Schicksal der Othello zu schauen gekommen war, sondern eben den Wegener'schen Othello, und weil die Darstellung ringsum gar nicht sich bemühte, sich neben dem Galle zu behaupten. Und dann deswegen, weil die von Wegeners starkem Temperament und seiner überlegenen Beherrschung der körperlichen Mittel ge-tragene Verschönerung zweier Darstellungsgegenstände rein als schau-spielerische Leistung unbedingt imponieren mußte.

Von der Seide. Eine der Hauptgewinnungsstätten der Mohseide wird nun durch Italien. In der Zeitschrift für angewandte Chemie wird nun darauf hingewiesen, daß Bulgarien alle Bedingungen für eine Ausdehnung der Seidenzucht besitzt. Unmittelbar nach der Be-freiung Bulgariens im Jahr 1878 ging man daran, die Seidenzucht zu heben. Zu diesem Zweck wurden eigene Gesetze erlassen und Prä-mien bewilligt. Die Seidenraupenzucht wird in Bulgarien in Schach-teln zu 20 Gramm, Unzen genannt, verkauft. Aus einigen Zahlen über diesen Verkauf wird der Aufschwung der Seidenzucht in Bul-garien am deutlichsten hervorgehen. Während im Jahr 1878 nur 5000 Schachteln abgesetzt wurden, waren es im Jahr 1897 schon 28 004, zehn Jahre später 48 000, 1900 gar 61 000, und selbst im Kriege wurden von den Züchtern 48 000 Schachteln verbracht. An-fangs betrug die Erzeugung an Seidenkokons 220 000 Kilogramm mit einem Wert von 5 Millionen Lira. 1907 waren es rund zwei Millionen Kilogramm mit einem Wert von 10 Millionen Lira. Entschlossene Kokons, also richtige Seide, werden bisher nur wenig ausgeführt. Da es aber im bulgarischen Interesse liegt, nicht Ko-

kon, sondern Seide zu verkaufen, so wurde eine Ausfuhrprämie von 2 Lira für jedes Kilogramm Seide eingeführt. Der Güte nach steht die bulgarische Seide nicht hinter der italienischen zurück. Durch ein Gesetz wurde im Jahr 1913 die Gewinnung von Seidenraupen-brut und Kokons unter staatliche Aufsicht gestellt. Eine Bruterauf-zucht ist nur dann gestattet, wenn die Brut mit Staatsbänderole versehen ist. Der bulgarische Staat fördert die Seidenraupenzucht durch Steuerbefreiung für den Züchter wie auch für die Raupenbann-gärten; für hundert Bäume wird sogar eine Prämie von 20 Lira gezahlt. In Braga und Sadova sind eigene staatliche Seidenraupen-erzuchtstationen eingerichtet. Bulgarien hat demnach tatsächlich alle Annehmlichkeiten, in Zukunft an Stelle Italiens der Seidenlieferant Deutschlands zu werden.

Jeden, der einmal einen Seidenfaden in der Hand gehabt hat, wird es klar sein, daß das Entwirren dieser Fäden meber eine leichte noch eine angenehme Aufgabe darstellt. Die Fäden sind nämlich durch einen Serizin genannten Stoff verklebt. In der Zeitschrift für angewandte Chemie wird nun von einem Patent Reinitius ge-geben, das das Entschälen des Seidenkokons erleichtert. Es wird durch Verwendung bestimmter kolloidaler, anorganischer Stoffe des Serizins geblöht. Der Kokon wird entweder mit den Kalklösen ein-getricben, oder in die Lösungen gelegt. Besonders bewährt haben sich die gallertartigen Hydroxyde des Aluminiums, des Magnesiums und des Siliziums. Wahrscheinlich handelt es sich hier nicht um eine chemische, sondern um eine physikalische Wirkung. Das Aluminiumoxyd, das im Aluminiumhydroxyd enthalten ist, nimmt durch Auf-quellen ein großes Volumen an. Beim Aufsteigen nach übertragene nun die Kalklöse ihre Quellungsvermögen auch auf andre organische oder organisierte Pflanzen, mit denen sie in Verbindung kommen. Auf diese Art ist es leicht, die Kokonsäden zu lösen. Man hat bisher für gleiche Zwecke hauptsächlich ägende Laugen benutzt. Dadurch wird aber eine chemische Veränderung der Seide herbeigeführt, die wiederum ihre Festigkeit und Zähigkeit und zwar im schlichten Sinne beeinträchtigt. Bei dem neuen beschriebenen Verfahren haben Versuche ergeben, daß durch seine Anwendung die Seide in ihrer Bruchfestigkeit um 55 Prozent gesteigert wird.

Die französischen Kunstschätze im geräumten Gebiet. Die fran-zösischen und englischen Zeitungen wiederholen hartnäckig die Ver-sicherung, die deutschen Truppen hätten im geräumten Gebiet Kunstschätze zerstört und entwendet. Demgegenüber wird amtlich folgendes festgestellt: Bei den Vorbereitungen für die Frontzurück-nahme hat die deutsche Heeresleitung auch von langer Hand her Maßnahmen zur Sicherung der Kunstschätze des aufgegebenen wie des geräumten Gebietes getroffen. Aus den Ostschäften, Kirchen und Schlössern, die bei der durch militärische Notwendigkeit gebotenen Anlage eines Festungsgürtels vor der neuen Stellung geopfert wer-den mußten, sind die bedeutendsten Kunstwerke aller Art, vor allem Gemälde, Tapissereien, Skulpturen, Möbel, dazu die kostbarsten Hand-schriften und Bücher unter der Leitung berufener Sachverständiger gerettet und in Sicherheit gebracht worden. Daselbst ist bei den in und hinter der Front gelegenen Orten geschehen, die jetzt den fran-zösischen und englischen Granaten ausgesetzt sind. So sind aus St. Quentin, das jetzt mit der größten Mühseligkeit vom Gegner besessen wird, die Schätze des Musée Vecuyer, vor allem die un-vergleichlichen Sammlungen von Pastellen des Quentin de la Tour und alle hervorragenden Kunstwerke des holländischen Meisters ab-geführt. Während schon die Granaten auf die Stadt fielen, haben aus der Heimat herbeigekommene Techniker die wunderbaren Glas-gefenster der Kathedrale geborgen. Ebenso ist aus den sonst gefähr-lichen oder durch den Feind irgendwie bedrohten Städten an der ganzen französischen Front in monatelanger Arbeit der wertvollste Inhalt der Museen und Bibliotheken mit Unterstützung der fran-zösischen Behörden gesichert worden. Aus einer großen Zahl der jetzt aufgegebenen oder gefährdeten Schätze sind mit unendlicher Mühe die kunstgeschichtlich wichtigsten Schätze herausgenommen und nach rickwärts gebracht worden; wo die Eigentümmer noch anwesend waren, auf deren Bitten hin. Die untergegangenen oder dem Unter-gang geweihten Bauwerke sind noch sorgsam und eingehend aufge-nommen worden, um sie wenigstens der Wissenschaft zu erhalten. Die Rückführung ist nach verhältnismäßig weiter zurückliegenden fran-zösischen Städten bewirkt worden, wo die Kunstwerke sachverständige Pflege durch Fachleute finden. Nur an der schmalen lothringischen Front, wo kein geeigneter und sicherer Ort auf französischem Boden hinter der Gefahrene lag, sind die geretteten Kunstwerke über die französische Grenze vorläufig nach Metz gebracht. Die gesamten weitgehenden Sicherungs- und Heilungsarbeiten sind von der deut-schen Obersten Heeresleitung angeordnet und durchgeführt worden, um diese Werke dauernd der Kunstgeschichte und der Kultur zu er-fallen.

Neues Theater. Donnerstag, 7 Uhr: Die verlorene Tochter. Freitag, 7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Sonnabend, 5 Uhr: Die Meisterfinger von Nürnberg (zum Besten des Roten Kreuzes). Sonntag, 8 Uhr: Carmen. Montag, 7 Uhr: Der Postillon von Lonjumeau. — Altes Theater. Donnerstag geschlossen. Freitag, 7 Uhr: Stüben der Gesellschaft (Lona Dessel: Jenny Winks). Sonn-abend, 7 Uhr: Griechische Einakter. Sonntag, 7 Uhr: Die verlorene Tochter. Montag, 7 Uhr: Die Journalisten (vollständige Vor-stellung). — Neues Operetten-Theater. Donnerstag, 7, 8 Uhr: Die schöne Helena. Freitag, 7, 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg (voll-ständige Vorstellung). Sonnabend, 7, 8 Uhr: Die Gardsfürstin. Sonntag, 7 Uhr: Die schöne Helena. Montag, 7, 8 Uhr: Warum geht's denn jetzt? (vollständige Vorstellung).

Leipziger Schauspielhaus. Donnerstag, 7, 8 Uhr: Erdgeist. Freitag, 8 Uhr: Othello (Dhella: Paul Wegener). Sonnabend, 7, 8 Uhr: Die Hausdame. Sonntag, 8 Uhr: Jettchen Gebert (Ein-heitspreise). 7 Uhr: Als ich noch im Flügelkleide. Montag, 8 Uhr: Vorstellung für den Verband für weibliche Jugendpflege (Das Iruer Spiel von Wilhelm Tell; Die Geschwister). Dienstag, 7, 8 Uhr: Othello.

Baltenbergtheater. Abends, 7, 8 Uhr: Amt und Ehre.

Eingelaufene Schriften.

Verdeutschungsvorschläge für Handel und Ge-werbe. Zusammenge stellt auf Veranlassung des künigl. Minis-teriums des Innern vom Zweigverein Dresden des Allgemeinen deutschen Sprachvereins und der Gewerbetammer Dresden. Dres-den, Verlag und Druck von C. Heinrich. Preis 10 Pfg. Wie werde ich mit Volksschulbildung Beamter oder Beamtin? Ein Ratgeber für jugendliche und ältere männliche und weibliche Personen zur Erlangung einer Stelle als Beamter oder Beamtin. Herausgegeben mit Unterstützung vieler Fachleute von Alfred Schubert. Kufang; beamtenähnliche und verschiedene freie Berufe für weibliche Personen. Berlin SW. 11, Verlag von Georg Bath. Preis 1.50 Mk. Deutschlands Zukunft bei einem guten und einem schlechten Frieden. Unter Mitwirkung von Bezirksamtsassessor A. H. Richter, Privatdozent Dr. A. Gohner, Geheimrat W. v. Gryn-ber, Dr. C. Reip herausgegeben von J. J. Lehmann. München, J. J. Lehmanns Verlag. Preis 1 Mk.

